DER SOZIALISTISCHE ARZT

Monatsschrift des Vereins Sozialistischer Ärzte

Publikationsorgan der I. V. S. Ä.

Geleitet von E. Simmel und Ewald Fabian

VIII. Jahrgang | Berlin, April/Mai 1932 | Nummer 4/5



Inhalt:

Fanaletten Wz. gesch.

Codein. phosphor.. Lactylphenetidin. Dimethylaminophenazon. Bromisovalerianylurea

Beruhigend
Schmerzstillend
Schlafördernd

O.-P. 10 Tabl. zu 0,5 g RM -.75
Doppel-P. 20 Tabl. zu 0,5 g RM 1.30

Rheuma-Sensit DRP.

Leicht resorbierbare, überfettete Salicylsalbenseife mit Kampfer, Menthol, Terpentinöl.

Rheumatische, neuralgische Affektionen
Pleuritis, Lymphangitis
Sportschäden

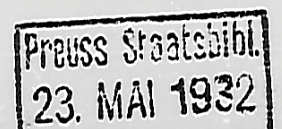
K.-P ½ Tube ca. 25 g RM -.60
Doppel-K.P. 1/1 Tube ca. 45 g RM 1.15

Wohlriechend, sparsam.
Keine Hautschäden, keine Wäscheflecke.

Sensit-G.m.b.H. Berlin SW48

Rheuma-Sensit

Proben und Literatur auf Wunsch





BANK DER ARBEITER, ANGESTELLTEN UND BEAMTEN, A G

BERLIN

ZENTRALE: S 14, WALLSTR. 62-65
MÄRKISCHES UFER 32

DEPOSITENKASSE:
SW 68, LINDENSTRASSE 3

ZAHLSTELLEN IN ALLEN STADTTEILEN

FILIALEN:

BOCHUM, BRAUNSCHWEIG, BREMEN, BRESLAU
DORTMUND, DRESDEN, ESSEN, FRANKFURT A. M.
HAMBURG, HANNOVER, KÖLN A. RH., LEIPZIG
LIEGNITZ, LÜBECK, MAGDEBURG, MÜNCHEN
SAARBRÜCKEN, STUTTGART

ERLEDIGUNG ALLER BANKGESCHÄFTE

SPAREINLAGEN GÜNSTIGSTE BEDINGUNGEN



DER SOZIALISTISCHE ARZT

Monatsschrift des Vereins Sozialistischer Ärzte

Publikationsorgan der I. V. S. Ä.

Geleitet von E. Simmel und Ewald Fabian

VIII. Jahrgang | Berlin, April/Mai 1932 | Nummer 4/5

Gegen die Kulturreaktion!

In der Monarchie wagte die Reaktion, u. a. die berüchtigte lex Heinze im Reichstag einzubringen. Einer starken Massenbewegung war es damals möglich, das Attentat abzuschlagen. Jetzt, in der „freien Republik", nimmt man sich der Arbeiterschaft gegenüber Dinge heraus, die einen viel gefährlicheren, arbeiterfeindlichen Charakter tragen. Zur Verelendung des Proletariats, zur ständigen Herabdrückung der Löhne, der Bezüge der Arbeitslosen und Invaliden, zu den Angriffen auf die noch vorhandenen sozialpolitischen Errungenschaften gesellt sich die kulturelle Unterdrückung auf allen Gebieten. Die herrschende Klasse tyrannisiert das Geistesleben, gleichgültig, ob es sich um Bücher, Kunstwerke, Zeitungen oder Filme handelt. Die neueste, aber sicherlich nicht letzte Tat: durch Notverordnung wurde der „Verband proletarischer Freidenker", der sich vor einigen Jahren von dem großen Freidenkerverband abgespalten hat, verboten. Was nützen selbst die kritischen Einwände der bürgerlichen Intelligenz, daß damit das verfassungsrechtlich verbürgte Vereinigungsrecht aller Weltanschauungen verletzt wurde? Schon fordern die Faschisten und die Deutschnationalen das Verbot des Deutschen Freidenkerverbandes! Auch die großen Organisationen der Arbeiterklasse, die Gewerkschaften, die Kultur- und Sportorganisationen, sind aufs höchste bedroht. Wenn sie die Reaktion erfolgreich in letzter Stunde abwehren wollen, dann dürfen sie nicht einen Tag länger ihre Kräfte im gegenseitigen Kampf schwächen.

Auch wir richten den dringenden Appell an alle Klassenkampforganisationen:

Gegen das weitere Vordringen des Faschismus und der Reaktion errichtet einen Kampfblock aller Arbeiterorganisationen!

Die sozialistische Ärztebewegung in Spanien.

Von Prof. Dr. José Torre Blanco - Madrid.

(Nach einem Referat im V.S.Ae. am 22. März 1932.)

Meine ersten Worte sollen die herzlichsten Grüße ausdrücken, die ich Ihnen im Namen der sozialistischen Spanier und vor allen Dingen der Aerzte überbringe. Sie wissen schon, daß unter uns diese Grüße nicht der Ausdruck einer kalten Höflichkeit sind, sondern des aufrichtigen Gefühles enger internationaler Verbundenheit, das die Grundlage unserer Ideale ist.

Es ist bekannt, daß am 14. April letzten Jahres, gelegentlich einer einfachen Stadtverordnetenwahl, in ganz Spanien, nach sieben Jahren Militärdiktatur die Republik ausgerufen und Alfons XIII. entthront wurde. Das ganze Volk machte diese Revolution, und ich kann Ihnen versichern, daß einer der Hauptfaktoren die entschlossene, feste und ernste Führung der Unión General de Trabajadores (Allgemeine Arbeitervereinigung), die UGT war.

Sie ist die wichtigste proletarische Vereinigung, die in Spanien existiert. Sie wurde vor 35 Jahren von dem Buchdruckereiarbeiter Pablo Iglesias gegründet. Kurz vor dem Sturz der Monarchie hatte sie bereits 350 000 Mitglieder, von denen nur ein verschwindend kleiner Teil von geistigen Arbeitern gestellt wurde. Diese wenigen waren fast durchweg Aerzte. Die UGT ist die festeste Stütze der spanischen sozialistischen Partei und beide haben in diesen letzten Jahren es verstanden, die große Masse der spanischen Arbeiter auf ausgezeichnete Weise international zu erziehen.

Die spanischen Sozialisten haben auf entscheidende Weise nicht nur zur Proklamation der Republik beigetragen, sondern sie sind auch die Stütze für ihre augenblickliche Aufrechterhaltung, und sie wollen der spanischen Politik eine nach links orientierte Richtung geben. Spanien ist heute immer noch eine bürgerliche Republik, aber seine Konstitution ermöglicht die Erlangung unserer sozialistischen Ideale. Es muß berücksichtigt werden, daß noch vor knapp einem Jahre in Spanien ein absoluter Monarch vorhanden war.

Das derzeitige Ansehen unserer Partei, bestätigt durch den Erfolg der Wahlen für das konstituierende Parlament (wir haben 125 von 430 Kammersitzen) ist so bedeutend, daß nach dem 14. April die Zahl unserer Mitglieder weiter außerordentlich gestiegen ist. Gegenwärtig zählt die UGT eine Million Mitglieder. Wie vorauszusehen war, hat die Tätigkeit unserer Genossen eine Reaktion auf der Rechten hervorgerufen, welche innerhalb der republikanischen Partei von den Radikalen vertreten wird. Auch die alte monarchische Partei, die sich hinter den Namen „Agrarier“, „Vascos“ usw. verbirgt, und die Syndikalisten auf der anderen Seite, bekämpfen die Republik

von ihren extremen Gesichtspunkten aus. Trotz allem kann ich versichern, daß das neue Regime unerschütterlich fest steht.

Ich erwähnte die Syndikalisten und glaube deshalb, Ihnen einige Worte über sie sagen zu müssen. Außer der UGT existiert in Spanien noch eine zweite starke proletarische Organisation (La Confederación Nacional de Trabajo = CNT). Ihre Mitglieder sind die sogenannten Syndikalisten, die die Idee des Klassenkampfes durch direkte Aktionen verfechten, ohne daß sie die Einmischung des Staates erlauben (sie nennen sich „comunistas libertarios"). Sie sind aber keine wirklichen Kommunisten. Die Spanische Kommunistische Partei ist sehr klein; die wenigen, die sie vertreten, sind unter sich uneinig und entbehren dadurch einer größeren proletarischen Gefolgschaft. Die leitenden Elemente der CNT sind Anarchisten. Seit der Ausrufung der Republik haben sie nicht einen Tag vergehen lassen, ohne irgendeinen Streik revolutionären Charakters zu provozieren, aber alle diese Bewegungen endeten mit einem Mißerfolg. Die CNT, die zu Beginn der Republik beträchtlich zugenommen hatte (vor allen Dingen in Andalusien), ist in letzter Zeit stark zurückgegangen. In Barcelona, zum Beispiel, wo sie die meisten Anhänger aus der Arbeiterklasse hatte, hat sich eine sehr große Zahl ihrer Anhänger der UGT angeschlossen. Ich hoffe, daß die CNT nicht etwa verschwindet, sondern nur, daß bald die anarchistischen Elemente aus ihrer Mitte ausgestoßen werden und so eine starke proletarische Organisation bestehen bleibt, die nicht gegen die UGT arbeitet, sondern mit ihr zuzusammengeht, um das spanische Proletariat zu festigen.

Nun zur Frage der sozialistischen Aerztebewegung in Spanien.

Ich muß betonen, daß in der letzten Zeit der Monarchie unter den Intellektuellen gerade die Aerzte sich durch ihre republikanischen und nach links gerichteten Bestrebungen am meisten auszeichneten. Freilich wahrten sie trotzdem den bürgerlichen Charakter, was ganz verständlich ist, da sie in der überwiegenden Mehrzahl bürgerlichen Familien entstammen und bürgerlich erzogen wurden. Wenige waren vor der Proklamation der Republik in der sozialistischen Partei aktiv tätig. Aber nach der Proklamierung der Republik wurde es den sozialistischen Aerzten klar, daß sie die neue Lage benutzen müßten, um ihre Bestrebungen durchzusetzen. Sie bildeten die „Agrupación de Médicos Socialistas" = Vereinigung der Sozialistischen Aerzte, die bei dem letzten internationalen Kongreß in Karlsbad von dem Genossen Garma vertreten wurde.

Wir sozialistischen Aerzte hegten den Wunsch, an der allgemeinen politischen Aktion der Partei teilzunehmen. Doch sehr bald sahen wir ein, daß für eine sozialistische Aerzteorganisation der Rahmen der Partei zu eng war. Denn viele Aerzte sympathisieren mit uns, die Mehrheit von ihnen schreckte aber vor einer direkten

politischen Betätigung zurück. Aus diesem Grunde war es uns klar, daß es besser wäre, unserer Vereinigung einen mehr beruflichen und überparteilichen Charakter zu geben. Wir gründeten im vergangenen Juni das „Sindicato Médico de Madrid“ (Madrider Aerztesyndikat), das gemeinsam mit der UGT arbeitet, aber von seinen Mitgliedern keine konkrete politische Einstellung verlangt, sondern nur die Annahme des Grundprinzips des Klassenkampfes.

Tatsächlich vereinten sich sehr schnell 130 Aerzte in diesem Syndikat, von denen viele nicht zur sozialistischen Partei gehören. Sie sind nur Republikaner, die aber unserer Idee sympatisierend gegenüberstehen, und ich hoffe, daß innerhalb kurzer Zeit alle Mitglieder des Syndikats Sozialisten sein werden. Nur eine ganz geringe Zahl von ihnen, die sich uns angeschlossen haben, um einen persönlichen Profit zu erlangen, in Wirklichkeit aber nicht zu uns gehören, werden bald erkennen, daß ihr Bleiben innerhalb unserer Organisation unmöglich ist.

Zur selben Zeit, als die sozialistischen Aerzte sich in diesem Syndikat organisierten, bildeten auch die Krankenpflegerinnen, Hebammen und alles übrige Pflegepersonal innerhalb der UGT ihre entsprechenden Syndikate, die, obgleich sie unabhängig voneinander sind, sich natürlich eng zusammenschlossen, um gemeinsam für ihre Interessen zu kämpfen.

Bis jetzt zählt unser Sindicato Médico de Madrid ungefähr zweihundert Mitglieder (es gibt dort 2500 praktizierende Aerzte). Inzwischen wurden im übrigen Spanien weitere acht Ortsgruppen gegründet und weitere vier sind im Entstehen. Die Gesamtzahl der Mitglieder beläuft sich auf etwa fünfhundert (Gesamtzahl der spanischen Aerzte ungefähr 20 000).

Von seiten der Syndikalisten (CNT) wurde ebenfalls ein „Sanitäres Syndikat“ gegründet. In diesem sind nicht nur die Aerzte, sondern auch das gesamte sanitäre Personal zusammengefaßt. Aber die Zahl der dort eingetretenen Aerzte ist geringer als die unsrige und wird immer weiter zurückgehen, da die spanische Aerzteschaft der Taktik der CNT gegenüber feindlich eingestellt ist.

Bis jetzt besteht zwischen diesem Syndikat und dem unsrigen keinerlei Anzeichen der Annäherung, aber wir bekämpfen uns auch nicht untereinander. Wir hoffen deshalb, daß in nicht allzu langer Zeit alle Aerzte, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen, sich zusammenschließen werden, ganz gleich, ob sie Sozialisten oder Kommunisten sind. Wir sind selbstverständlich entschlossen, sie mit offenen Armen zu empfangen.

Unsere beruflichen Probleme sind in Spanien nicht andere als in anderen Ländern, auch ihre Beweggründe sind keine anderen, jedoch ist weder die Wirtschaftskrise (trotzdem die Welt durch den absurden Fall der Pesete scheinbar eines anderen belehrt wird) noch

die Zahl der Aerzte so übermäßig groß, wie in anderen Ländern, so daß unsere Probleme noch nicht so akut und ernst sind, wie sie vielleicht in kurzer Zeit sein werden, wenn wir sie nicht rechtzeitig zu lösen wissen.

Es wird wohl nicht nötig sein, daß ich Ihnen sage, daß alle technischen und sozialen Probleme, die sich aus unserem Berufe entwickelt haben oder sich entwickeln werden, die ganze Aufmerksamkeit und Arbeitskraft unserer Syndikate in Anspruch nehmen und daß diese versuchen werden, sie gemäß den Normen unserer sozialistischen Idee zu lösen. Wir wissen im voraus, daß wir in unserem Kampfe schwierigen Problemen gegenüberstehen, und daß auch viele Aerzte gegen uns sein werden, die sich schon jetzt gegen die günstige Entwicklung unserer Organisation auflehnen. Unsere ersten Schritte sind aber so bestimmt gewesen, und unsere Kraft hat sich bei kleinen konkreten Vorfällen als so stark erwiesen, daß ich Ihnen versichern kann, daß, wenn wir die für uns in Spanien jetzt günstige Situation auszuwerten verstehen, wir unseren Ideen zum Durchbruch verhelfen werden. Wir vergessen nicht, daß wir auch Pflichten gegenüber den Genossen anderer Länder haben, die wir mit Begeisterung zu erfüllen wissen werden, überzeugt, daß auch sie uns helfen, falls dies nötig sein sollte.

Programm der Gewerkschaft der Ärzte in Madrid.

Zusammensetzung und Zweck des Verbandes.

Artikel 1. Der neugegründeten Gewerkschaft der Aerzte kann jeder angehören, der auf dem Boden des Klassenkampfes steht und damit die Taktik des Allgemeinen Spanischen Arbeiternehmer-Verbandes anerkennt.

Artikel 2. Die Gewerkschaft gehört diesem Verbande an. Solange er besteht, kann sie weder einem anderen Landesverbande noch einem internationalen Verbande angehören, der nicht die gleiche Taktik befolgt.

Artikel 3. Die Gewerkschaft unterstützt den Aufbau gleicher Organisationen im ganzen Lande, mit dem Ziel, so bald wie möglich ihren Zusammenschluß in einem Gewerkschaftsbund der klassenkämpferisch eingestellten Aerzte herbeizuführen.

Artikel 4. Von der Mitgliedschaft ausgeschlossen bleiben solche Angehörige des Berufes, die nach dem Urteil der Gewerkschaft als Arbeitgeber gegenüber der Aerzteschaft anzusehen sind.

Artikel 5. Zweck der Gewerkschaft ist:

a) das Studium der gesundheitlichen Probleme der breiten Massen und ihre Lösung von proletarischen Gesichtspunkten aus;

b) die unentgeltliche Mitarbeit an den Fakultäten für Gewerbemedizin und Berufskrankheiten und die Verbreitung hygienischer Kenntnisse in den Betrieben der Industrie, der Landwirtschaft und des Bergbaues;

c) die Eingliederung der Gesundheitspflege in die Aufgaben des Staates;

d) die Aufstellung von Plänen für die Ermöglichung der Zulassung des Proletariats zur ärztlichen Ausbildung;

e) die Beseitigung jeder Zwischeninstanz in der Ausübung des ärztlichen Berufes;

f) der Kampf um eine ausreichende Bezahlung jeder behördlichen und nichtbehördlichen Stellung, um die Häufung von Aemtern in einer Hand zu verhindern;

g) die Beseitigung der Schäden der ärztlichen Konkurrenz. Regelung der Frage des ärztlichen Nachwuchses im Interesse der Volksgesundheitspflege.

Artikel 6. Die Gewerkschaft wird in den sozialen Fragen mit den anderen Berufen des Gesundheitswesens zusammenarbeiten.

Uebersetzt von Dr. Günther Wolf.

Die Ärzte und die Krankenversicherung

Prinzipielle Betrachtungen.

Von Dr. Emerich Fischer-Bratislava (CSR.).

Motto: „Werdet euch klar, wieviel Aerzte die Kommune braucht zu ihrer Gesunderhaltung. Registriert nicht mehr noch weniger, als diese Zahl und laßt die Registrierung den Arzt bestimmen, als einen Staatsbeamten mit einem seiner würdigen Gehalt, der aus öffentlichen Mitteln bezahlt wird."

Bernard Shaw: „Der Arzt am Scheidewege,' Vorwort."

Die Krankenversicherung entspringt der Notwendigkeit, den wirtschaftlich Schwachen über die Zeit der durch Krankheit verursachten, temporären Berufsunfähigkeit hinwegzuhelfen. Dies geschieht erstens durch finanzielle Unterstützung (Krankengeld), zweitens durch medizinische Hilfe in natura (Arzt, Medikamente usw.).

Das Prinzip der gegenseitigen Versicherung ermöglicht durch vergebliche, kleine, materielle Opfer vieler Einigen, im Falle der Not, auch nennenswerte Mittel zur Verfügung zu stellen.

Diese Methode der Versicherung, die zunächst nur berufen ist, den Bedürfnissen der Versicherten zu dienen, führt indirekt dazu, daß auch die Honorierung der Arbeit derjenigen gesichert ist, die der Versicherte im Versicherungsfalle in Anspruch nimmt, wie z. B.: Arzt, Apotheker usw. . . . So betrachtet ist das Krankenversiche-

rungswesen nicht nur eine Notwendigkeit für den arbeitenden Menschen im Falle der Erkrankung, sondern gleichzeitig ein wichtiger Stabilisierungsfaktor der ökonomischen Sphäre des Versicherten. Gäbe es keine Krankenversicherung, so wäre ein großer Teil der Versicherten, entsprechend seiner ökonomischen Lage, im Falle der Erkrankung auf Schuldenmachen oder gar auf Wohltätigkeit angewiesen.

Für unseren Gesichtspunkt kommen wir bei dieser Art der Betrachtung zu dem Schlusse, daß das Prinzip der Versicherung nicht nur dem materiellen Interesse der Patienten, sondern auch dem der Aerzte zu dienen berufen ist. Gegen dieses Prinzip eifern, heißt die Lebensinteressen des Standes bekämpfen, in der Idee der Krankenversicherung die Ursache der Aerztenot erblicken, heißt den Zusammenhang der Tatsachen verkennen.

Damit soll keinen Augenblick gesagt sein, daß die heutige Form der Krankenversicherung die Aerzteschaft nicht tagtäglich mit vielfachem, wirklichem, moralischem und materiellem Unrecht bedroht und daß eine ständige Abwehr dieses Druckes nicht von höchster Notwendigkeit wäre. Doch bevor wir die Ursachen dieses paradoxen Zustandes analysieren, was uns erst die richtigen Kampfziele erkennen lassen wird, wollen wir zunächst die Möglichkeiten betrachten, die in der Idee der Krankenversicherung für die Entwicklung der Medizin schlummern; Möglichkeiten, die der privatwirtschaftlich betriebenen Medizin kaum zur Verfügung stehen, wenn nicht vollständig verwehrt sind.

Wir kamen zu der Feststellung, daß die Krankenversicherung berufen ist, die materiellen Mittel sicherzustellen, die notwendig sind zur Entlohnung der Aerzte, die die Versicherten behandeln. Bevölkerungskreise, die sonst auf die charitative Tätigkeit der Aerzte angewiesen wären, können auf diese Weise eine, wenn auch bescheidene, doch sichere ärztliche Einnahmequelle bilden, wie es ja auch heute tatsächlich in vielen, proletarischen Bezirken der Fall ist. Einen kleinen, doch wichtigen Schritt weiter führt uns die Forderung, daß dieses Einkommen ein stabilisiertes, ein fixes sei, mit anderen Worten, daß dem Arzte, die ihm gebührende, materiell gesicherte, unabhängige Existenz geschaffen werde, die ihn befähigt, ohne jeden materiellen Nebengedanken, sich ganz seiner eigentlichen Aufgabe zu widmen.

Welch fundamentale Bedeutung dieser Ordnung der Dinge zukäme, kann nicht genug betont werden. Ist es doch seit jeher als ein in jeder Hinsicht mißlicher Zustand empfunden worden, daß der Arzt nach der speziellen Art seiner Leistung honoriert wird. Theoretisch war es jederzeit klar, daß die Honorierung des Arztes in der überlieferten Art und Weise dem Wesen seines Berufes fremd ist, daß das finanzielle Moment störend in die Beziehungen zwischen Arzt und Patienten eingreift.

Auch hatten in mancher Hinsicht günstigere Zeiten als die unseren einen Weg beschritten, der diese Schwierigkeit praktisch

löste. Ich denke an die Institution des Hausarztes, der von den einzelnen Familien seine jährliche Pauschale bezog, ohne Rücksicht auf seine jeweilige Inanspruchnahme. Der hatte die Möglichkeit, nicht nur therapeutisch, sondern als Freund und Berater seines Kreises, auch in der höchsten Form ärztlicher Kunst, nämlich prophylaktisch tätig zu sein.

Die zunehmende Pauperisierung der Bevölkerung, im speziellen des Mittelstandes auf der einen Seite, auf der anderen Seite die zunehmende Spezialisierung und Technisierung der Medizin bereiteten diesen patriarchalischen Verhältnissen ein Ende. An die Stelle des Hausarztes von ehemals trat in steigendem Maße der Spezialarzt, der von Fall zu Fall aufgesucht, nach der Anzahl der verabreichten Injektionen, nach der angewandten speziellen Untersuchungstechnik, nach der Größe der dem Patienten zugefügten Schnittwunde honoriert wird. Aus der Leistung des Arztes, die ihrem Wesen nach unbezahlbar ist, wird auf diesem Wege eine Marktware, deren Preis durch Zünfte und Kartelle hochgehalten, durch Konkurrenz gedrückt wird. Erscheint dieser Zustand (allem Anscheine nach das Ideal der ärztlichen Standesorganisationen) in der freien Praxis unausweichlich, so ist er absolut vermeidbar dann, wenn die Klientel des Arztes sich nicht aus ökonomisch zusammenhanglosen Einzelindividuen zusammensetzt, sondern zu einer dauernden finanziellen Organisation, der Krankenversicherungsanstalt zusammengeschlossen ist. In einem solchen Falle nicht zu einer fixen Besoldung der Aerzte greifen, sondern stehen bleiben bei der alten Form der Honorierung der Aerzte nach Einzelleistung, heißt eine große Chance, die sich bietet, in den Wind schlagen; die Chance, ein großes und altes Uebel zu beseitigen, ein Uebel, das schon so viele, gewichtige und berechtigte Kritiken hervorgerufen hat, nämlich, daß der Arzt an der speziellen Art seiner Indikationsstellung materiell interessiert ist. An diesem Zustand ärztlicherseits festhalten, bedeutet in überlieferten, falschen Vorstellungen befangen sein, heißt dem Trugbild einer vergangenen, goldenen Zeit nachträumen in Verhältnissen, wo die Voraussetzungen dazu nicht mehr gegeben sind.

Es ist klar, daß durch die fixe Besoldung erst die solide Voraussetzung gegeben wäre:

a) für die so brennende Frage der Sozialversicherung der Aerzte selbst;
b) für die so notwendige Zusammenarbeit der verschiedenen, diagnostischen und therapeutischen Disziplinen;
c) für den Ausbau der prophylaktischen Medizin, die Arbeitsmethoden erfordern würde, auf die die heutige Form der Honorierung gar nicht anwendbar ist;
d) es ist weiterhin auch sehr wahrscheinlich, daß die Entwicklung der prophylaktischen Medizin zwar im Anfange Mehrausgaben, im Verlauf der Zeit aber auch für die Krankenversicherung große Ersparnisse bedeuten würde.

Nun wollen wir aber die Ursachen betrachten, die die Hauptschuld tragen an dem Umstande, daß die Krankenversicherung von ihren idealen Möglichkeiten so weit entfernt ist.

Wir glauben folgende Hauptursachen erkennen zu können:

1. Die Krankenversicherung ist eine relativ junge Einrichtung, daher noch mit den Schwierigkeiten des Anfangs behaftet.

2. Die Krankenversicherung, ihre Mittel und ihre Organisation sind mangelhaft, da diese, hervorgegangen aus dem Klassenkampfe, ein vorläufiges Kompromißprodukt darstellt. Ihre heutigen Mittel reichen für das eben Notwendige. Die Knappheit ihrer budgetären Mittel führt zwangsmäßig zu dem Bestreben, die ärztliche Tätigkeit, berüchtigten Mustern entsprechend zu rationalisieren (d. h. typisierte Behandlung nach Bewilligungsverfahren, beschränkte Krankheitsdauer usw., und vor allem Ausnützung der ärztlichen Arbeitskraft, bei minimaler Entlohnung).

Es ist aber der Druck des Kapitalismus, der schon die heutigen sozialen Lasten als untragbare kürzen will, der durch die Krankenversicherung hindurch auch für uns Aerzte fühlbar wird. Wir dürfen den Puffer nicht verwechseln mit der Kraft, die auf den Puffer drückt. Wir dürfen nicht glauben, daß ohne diesen Puffer der steigende, ökonomische Druck weniger zu fühlen wäre. Vergessen wir nicht, daß auch ohne Versicherung der größte Teil der Versicherten für uns Aerzte eine stetig sinkende Einnahmequelle bedeuten würde.

Wogegen sich der Widerstand der Aerzte richten sollte, ist demnach nicht die Idee der Krankenversicherung als solche, sondern die Verknappung ihrer budgetären Mittel, mit den sich daraus für uns ergebenden Folgen. Wir Aerzte müßten, im Einvernehmen mit den Krankenkassen, diesen durch den noch vorhandenen Rest unserer Autorität den Rücken steifend, Wege suchen, wie die für die Krankenversicherung notwendigen Mittel zu sichern sind.

3. Ganz im Gegenteil dazu finden wir jedoch unter Aerzten vielfach eine Denkweise, die in veralteten Begriffen steckengeblieben in der Krankenversicherung das Uebel aller Uebel sieht und eine Besserung nicht von der Sanierung, sondern von der Vernichtung dieser Institution erwartet.

Dazu kommt noch als

4. der anzuführenden Gründe, daß die Aerzte seinerzeit die künftige Bedeutung dieser Institution nicht richtig erkannt haben. Man betrachtete die Krankenversicherung als eine Bagatelle, die Tätigkeit für die Krankenversicherung als eine minderwertige Nebenbeschäftigung, eine Stütze für den Anfänger. So kam es, daß die Aerzteschaft an der Entwicklung dieser Institution nicht den entsprechenden Anteil nahm, heute an den leitenden Funktionen dieser nicht genügend beteiligt ist, daß die Aerzteschaft nicht zum Träger, sondern zum Opfer der Entwicklung einer fundamentalen Einrichtung des Gesundheitswesens geworden ist.

Die psychologische Ursache dieses blinden Verhaltens ist begreiflich. Sie beruht auf der natürlichen Interessenkonzentration

der Aerzte, auf die Pflege der sogenannten Praxis aurea, die sich aus Kreisen rekrutierte, die durch die Krankenversicherung nicht erfaßt wurden. Nun wird diese Schicht eine immer schmälere und bietet daher immer weniger Aerzten eine Existenzmöglichkeit. Die Frage der Krankenversicherung berührt daher in steigendem Maße die Lebensinteressen des Standes.

Aus ähnlichen psychologischen Motiven erklärt sich die Bevorzugung des heute propagierten Systems der Kassen mit freier Aerztewahl, bei denen an Stelle einer konsolidierten, planmäßigen Beschäftigung der Aerzte im Rahmen und im Interesse der Krankenversicherung wieder nur die primitive Form der fallweisen Inanspruchnahme der Aerzte und ihre Honorierung nach Einzelleistung gebräuchlich ist. Das Resultat davon ist, daß alle Mißstände, die aus diesem System der Entlohnung der ärztlichen Tätigkeit in der Privatpraxis entstehen, in der Kassenpraxis in gesteigertem Maße in Erscheinung treten. Denn während in der Privatpraxis die Regelung der finanziellen Fragen in einer Atmosphäre persönlichen Vertrauens erfolgen kann, tritt in der Kassenpraxis zwischen Arzt und Patient zur Regelung dieser Fragen eine unpersönliche Organisation, die, von beiden Seiten mit Ausnützung bedroht, abstrakt und fern, hart und ohne Rücksicht, ohne Vertrauen auf Vertrauen zerstörend wirkt.

Für das heutige System scheinen folgende Argumente zu sprechen:

a) Es scheint, daß es mehr Existenzmöglichkeiten bietet, als wenn die Krankenversicherung mit fixbesoldeten Aerzten arbeiten würde. Dies ist aber nur dem Scheine nach richtig. Denn dieselben Mittel, die heute für die Begleichung der Aerzterechnungen zur Verfügung stehen, könnten auch bei fixer Besoldung Verwendung finden.

b) Daß bei diesem System jeder Arzt zum Praktizieren zugelassen ist. Dies ist richtig. Falsch wäre jedoch die Ansicht, daß dadurch schon jedermanns Existenz gesichert sei. Wahr ist jedoch, daß die Konkurrenz um Bagatellbeträge dem Niveau unseres Standes in jeder Beziehung schadet.

Wahr ist jedoch, daß dieses System das Entstehen einzelner großer Einkommen aus der Kassenpraxis, die Entwicklung des Typus des sogenannten Kassenlöwen, gestattet, was bei einer pauschalen Besoldung der Aerzte nicht möglich wäre. Es ist begreiflich, daß diese in der Praxis führenden Kollegen und solche, die es werden wollen, für das jetzige System eingenommen sind. Ebenso begreiflich ist es, daß die Auffassung der Erfolgreichen auf die Auffassung der ärztlichen Standesvertretungen nicht von geringem Einfluß ist. Ob aber diese Interessen mit den Interessen des überwiegenden Teiles des Aerztestandes identisch sind und ob sie sich vor allem mit den Erfordernissen der Medizin decken, läßt sich wahrlich bezweifeln.

c) Das Recht des Kranken auf einen Arzt, der ihm persönlich zusagt, hat damit nichts zu tun und kann nach Möglichkeit berücksichtigt werden. Denn wenn die Krankenversicherung mehrere Aerzte in gleicher Art beschäftigt, hat der Patient ja die Möglichkeit, sich den ihm zusagenden zu wählen.

d) Auf das alberne Argument, daß ohne unmittelbares, materielles Interesse der Ehrgeiz verlorenginge, will ich gar nicht im einzelnen eingehen, und ich möchte nur meinem Glauben Ausdruck verleihen, daß der Geiz zwar verlorenginge, die Ehre aber erst zu ihrem Rechte käme.

In weitere Details sich einzulassen möchte ich vermeiden. Ich will, das Resultat unserer Analyse zusammenfassend, folgende Forderungen aufstellen:

1. Die Aerzteschaft möge ihre überkommene negative Einstellung zur Idee der Krankenversicherung aufgeben. Sie möge sich vielmehr bewußt werden, welche Möglichkeiten eine Entwicklung des Krankenversicherungswesens für das Volkswohl, für die Entwicklung der Medizin und nicht in letzter Linie für die Sicherung der ärztlichen Existenz bieten kann. Man betrachte die Aufgabe der Krankenversicherung als das, was sie ihrem Wesen nach sein sollte, als eine eminent gesamtnationale bzw. gesamtstaatliche Aufgabe zum Schutze der Volksgesundheit.

2. Man fordere dementsprechend die einheitliche Zusammenfassung des gesamten Krankenversicherungswesens und seine Koordinierung mit den übrigen Einrichtungen des öffentlichen Gesundheitswesens.

3. Dementsprechend verlange die Aerzteschaft und ergreife auch effektiv den ihr gebührenden Anteil an der Leitung und Kontrolle dieser Institution.

4. Im Speziellen schaffe man gesetzliche Garantien dafür, daß nicht derjenige Teil der Aerzteschaft pauperisiert und ausgebeutet werde, der für die Gesunderhaltung der werktätigen Bevölkerung tätig ist.

5. In der Erkenntnis der neuen Möglichkeiten, die die Krankenversicherung zur Regelung der ärztlichen Existenz bietet, sei es Standesforderung, daß der Krankenversicherung nur eine fixe Besoldung verbunden mit einer sozialen Versicherung der dort tätigen Aerzte gestattet sei.

6. Es sei Forderung, daß Aerzte in solcher Qualifikation und Anzahl bei der Krankenversicherung beschäftigt werden, als für die medizinisch einwandfreie Versorgung der Kranken, ohne Ausbeutung ärztlicher Arbeitskraft notwendig ist.

7. Die Tätigkeit für die Krankenversicherung soll nicht eine bagatellmäßige Nebenbeschäftigung, sondern die Haupttätigkeit der dort beschäftigten Aerzte sein. Nur das gestattet ein entsprechendes Niveau dieser Arbeit. Dementsprechend soll die Bezahlung dieser Aerzte eine derartige sein, daß ihre Existenz dadurch gesichert ist. Eine privatärztliche Tätigkeit dieser Aerzte sei strengstens untersagt, damit

a) ihre Kräfte und Interessen nicht von ihrer Aufgabe abgelenkt werden;

b) damit die Existenz der freipraktizierenden Aerzte nicht in unfairer Weise durch eine Konkurrenz bedroht wird, die als Rückendeckung ein Fixum und ein durch öffentliche Tätigkeit erworbenes Renommee besitzt.

Die Berücksichtigung dieser Prinzipien würde es ermöglichen, daß die Krankenversicherung ihre Aufgabe richtig erfüllen könnte, daß sie für die Aerzte nicht die heute gefürchtete Geißel, sondern ein Segen wäre, sie würde es gestatten, daß neben der privaten Medizin (der noch manche Funktion zukäme) eine neue, neuorientierte, die soziale Medizin entstehe.

Erscheint dieses Programm auch für den Moment utopisch, so kann es die Grundlage einer Neuordnung in einer hoffentlich nicht mehr fernen, aufbauenden Epoche bilden.

Nationalsozialistische Rassen-experimente.

Von Dr. Julian Marcuse.

In dem Kapitel „Die Aufgabe“ in Günthers „Rassenkunde des deutschen Volkes“ steht ein Satz, der zum Schiboleth der Heilslehren des Dritten Reichs geworden ist, er lautet: „Innerhalb des deutschen Volkstums muß das nordische Blut das erwünschte sein, das nicht-nordische Blut das mindererwünschte.“ Nach dieser Rezeptur einer Wiederholung der Schöpfung, bei der die Rolle des alten Noah Herr Walter Darré, den wir später noch genauer kennenlernen werden, übernimmt, müßten nach desselben Günthers Schätzung in der nördlichen Hälfte des deutschen Sprachgebietes etwa 30 Prozent, in der südlichen Hälfte bereits 50 Prozent, und in Deutschösterreich sogar 70 Prozent Einwohner „aufgenordet“ werden, in solchem Umfang hat sich in den genannten Territorien bereits eine „Entnordung“ im Sinne mindererwünschter Blutmischung geltend gemacht. Mittel hierzu ist an vorderster Stelle eine nordische Fruchtbarkeitsauslese, mithin die Erhaltung und Fortpflanzung einer Rasse, die nächst ihren körperlichen Merkmalen — Körpergröße, Kopfform, Augen- und Hautfarbe — seelische aufweist, eine Willensstetigkeit, sorgende Voraussicht, schöpferische Kraft, heldisches Wesen und ähnliches mehr. Kommentatoren dieser Rassendoktrin sind Gobineau und Laponge, ihr gelehriger Nachwuchs wird vor allem von Hans Günther dargestellt, während Fischer und Lenz bei aller Verbeugung vor dem französischen Diplomaten und Schriftsteller mit einer kritischen Betrachtung seiner Lehren nicht zurückhalten.

Dieses unumschränkte Postulat gleicher Rassenbestandteile als Erhaltungsprinzip kennt nichts wie erbliche Anlagen, die grundlegenden Begriffe von Entwicklung, Umwelt, Wirtschaft und ihre Folgen sind ihr fremd. Pferde- und Viehzucht sind Analogien und Vorbilder, verbrämt wird diese Methodik der Remontendepots durch ein glorifiziertes Auslesephantom, indem man Bildnisse weiblicher, als nordisch abgestempelter Schönheit aus vergangenen Jahrhunderten als Dokumente bewußter Auslese deklariert (cf. Darré, S. 199/200).

Die Geburtsstätte dieses neuen Menschentums ist der „Hegehof“, auf dem Adelsgeschlechter gezüchtet werden, die mit ihrem „Gesinde“ eine Wirtschaftseinheit zur Selbsterhaltung darstellen und die als Erblehen von hierfür gebildeten Adelsgenossenschaften an die Träger der adligen Sippen vergeben werden. Da Bauern und Landarbeiter notgedrungen mehr zur Werkleistung wie zur Fortpflanzung erforderlich sind, werden auch sie in Genossenschaften zusammengeschlossen und in Berufsständekammern eingegliedert. Diese bilden wiederum eine Art von Volksvertretung,

in der der Adel nicht nur eine lebenslängliche, sondern auch eine bevorzugte Anzahl von Sitzen erhält. Also eine restlose Zertrümmerung jeder demokratischen Staatsform, ein Rückfall in die Feudalherrschaft des 18. Jahrhunderts, dem nur der zerschlissene Fetzen der „Genossenschaft" als zeitgemäßes Beiwort umgehängt ist.

Welcher Brei aus diesen anorganischen Umbiegungsexperimenten der Wirtschaftsentwicklung entstehen muß, liegt auf der Hand. Einer derartigen Vergewaltigung von Staats- und Gesellschaftsform entspringt ganz folgenmäßig auch die *Veredelung der Hegehofinsassen durch Zuchtwahl und Auslese.* Die Aufartung hat durch Zuchtwarte zu erfolgen, die einen eigens vom Staat aus einzusetzenden Stand bilden. Das weibliche Geschlecht wird in vier Klassen eingeteilt, bei Note 1 und 2 — gesund und erbwertlich — wird der Heiratskonsenz und das Anrecht auf Nachkommenschaft gewährt und gutgeheißen, bei Note 3 der Konsenz bewilligt, zur Hintanhaltung der Nachkommenschaft aber die Sterilisation vorgenommen. Bei Note 4 werden die Untauglichen von Ehe wie von Fortpflanzung ferngehalten. Da wird durch eine Art Filter nur „bestes deutsches Blut" im Hegehof gezüchtet, „echte adelige Sittlichkeit" in den Ehefrauen großgezogen und vererbt. Dieser nordische Mensch ist selbstverständlich an Schöpfungskraft und staatsmännischen Fähigkeiten allen anderen europäischen Rassen weit überlegen, und weil er das sein soll, so folgern die hörigen Lehrbuben des Weltenmeisters Darré, müssen vor allem die Fortpflanzung der Minderwertigen verhindert und die Mischehen mit Juden unterdrückt werden. Die Rezeptur für diesen Reinigungsprozeß der arischen Rasse hat Herr Professor Dr. med. Bäßler entworfen. In „Ziel und Weg", Organ des Nationalsozialistischen Deutschen Aerztebundes, Januarheft 1932, findet dieses programmatische Edikt seinen Niederschlag. Vorgesehen ist die Sterilisierung aller Kinder, die von Hilfsschulen kommen oder auf einer gewöhnlichen Volksschule mehr als zweimal sitzen geblieben sind und Zeichen von Schwachsinn aufweisen. Ein strenges Eheverbot hat zwischen Deutschen und Juden zu erfolgen, innerhalb dessen nur diejenigen als Deutsche anzuerkennen sind, die im Höchstfalle ein Achtel jüdisches Blut in sich tragen, bei denen also einer der Urgroßeltern Jude war. Außerehelicher Geschlechtsverkehr wird mit Zuchthaus des Fremdrassigen, mit Gefängnis des Deutschen bestraft. Einen Freibrief hat nur die Prostitution, sie fällt nicht unter das Gesetz. Wer keine genügende Kinderzahl hat, wird für minderwertig erklärt, bei der Einreihung von Beamten und Angestellten in Staat und Stadt ist dieses Moment zu werten.

Welches Maß irrer Ueberstiegenheit, blindwütigen Rassenhasses und in letzter Linie gewalttätiger Knechtung unter ein seelenloses Schema eine derartige „Aufnordung" in sich birgt, dafür bedarf es wohl keines weiteren Wortes! Wenn man außerdem weiß, daß die Rassenkunde wie die Vererbungswissenschaft vorderhand noch jeder

sicheren Grundlage hinsichtlich der seelischen Rassenmerkmale wie der Vererbungsgesetzmäßigkeiten entbehrt — abgesehen vom Nachweis bestimmter krankhafter Konstitutions- und Blutveränderungen — dann wird dieses Spiel mit Individium und Volk zu einem ebenso frevelhaften wie das stierhafte Anrennen gegen Selbstbestimmung und Menschentum. Herr Darré, der Verfasser des Buches „Neuadel durch Blut und Boden", ist der ökonomische Quacksalber des Dritten Reichs, der Konstrukteur des Hegehofs, Herr Bäßler der pseudobiologische, ihm obliegt als kommendem Zuchtwart die Aufartung; ob aber ein Viertel oder ein Achtel jüdischen Blutes noch für die nordische Eignung tragbar ist, das allein entscheidet lediglich der oberste Führer. So zu lesen in der Rassenhygiene im Dritten Reich!

„Birth-Control", ein Weg aus der Wirtschaftskrise?

Von Dr. med. R. Elkan, Hamburg.

Die Frage, wie viele Menschen unter erträglichen Umständen auf unserem Planeten leben können, ist neuerdings wieder sehr akut geworden. Und es dürfte lohnen, sich auch einmal der Frage zuzuwenden, in welche Bahnen denn nun der Fortpflanzungsinstinkt der Menschen zu lenken sei oder — falls wir zu der Einsicht kommen sollten, daß sich dieser Instinkt überhaupt nicht leiten lasse — in welcher Richtung sich die spontane Entwicklung des menschlichen Fortpflanzungswillens bewege.

Wohnung, Kleidung, Ernährung und Fortbewegung, all diese Grundbedingungen menschlichen Daseins, bei denen der Mensch ursprünglich auf den guten oder bösen Willen der Natur angewiesen war, hat er allmählich verstanden, in den Bereich intelligenter Beherrschung zu rücken, um dem Zeitalter dumpfen Gehorsams gegenüber scheinbar übermächtigen Naturgesetzen zu entrinnen. Ein Grundpfeiler menschlichen Daseins wurde bei dieser Entwicklung weitgehend benachteiligt: die Fortpflanzung; und diese Nicht-Beachtung unseres elementarsten Triebes hat sich furchtbar gerächt.

Es wäre interessant, kulturhistorisch zu prüfen, weshalb diesem einen der menschlichen Triebe eine solche Ausnahme-Behandlung zuteil geworden ist, und ich möchte dieses Thema einem soziologisch interessierten Kandidaten der Weltgeschichte als Doktorarbeit empfehlen. Denn das Zeitalter dieser „Vogel-Strauß-Politik" der Menschheit dem Fortpflanzungstrieb gegenüber neigt sich seinem Ende zu, und der heute lebende Soziologe hat die beneidenswerte Möglichkeit, dem Erwachen der Menschheit aus dem bevölkerungspolitischen Dämmerschlaf vergangener Jahrtausende zuzusehen und die einzelnen Phasen dieses Erwachens aufzuzeichnen.

Als Beginn dieses Zeitalters muß das Jahr 1800 gelten, denn um jene Zeit publizierte T. R. Malthus, Rev. bei John Murray in London das „Essay on the principle of population" und wurde damit — zugegebenermaßen ganz gegen sein Verdienst (denn er hatte Vorläufer, die ihn an Bedeutung überragten) zum Vater der jetzt „modernen" Bevölkerungspolitik - Diskussionen. Nicht zum Vater (hoffentlich!) zukünftiger Bevölkerungspolitik und Taktik, denn seine Vorstellungen davon, wie man solche Bevölkerungsplanwirtschaft treiben solle, dürften weder für die heutige noch für eine zukünftige Welt passen.

Den Professor der Geschichte und der politischen Oekonomie, das Kind der englischen Bourgeoisie und der Staatskirche, den abseits des öffentlichen Lebens in der Stille der Universität lebenden Reverend Malthus plagte die Furcht vor der hemmungslosen Vermehrungstendenz des Menschengeschlechts, einer Tendenz, die — nach seiner Meinung — schon damals zu einer bedrohlichen Uebervölkerung in den englischen Großstadt-slums (NB. nicht auf den Landsitzen der Lords!) geführt hatte. Es darf daran erinnert werden, daß es die englische Regierung selbst gewesen war, die zu der Zeit, da sie für die neueroberten Kolonien (Kanada) und die neuerstandenen Industrien (Maschinenweberei) „hands"-Arbeitskräfte dringlichst brauchte, durch die Gewährung von Kinderprämien an Arme die starke Vermehrung dieser Bevölkerungsschicht selbst provoziert hatte. Leider erging es ihr wie dem Zauberlehrling in dem bekannten Gedicht von Goethe, dem es auch nicht gelang, die Geister, die er leichtsinnigerweise gerufen hatte, wieder loszuwerden. Und so vermehrten sich die englischen „paupers" zum Entsetzen von Malthus und anderen Wohlsituierten ins Ungemessene und Unvorhergesehene. Der englische Staatssäckel fühlte sich durch dieses Anwachsen der Besitzlosen bedrückt, der Steuerzahler, dem damals doch noch nicht der Schatten einer Ahnung gekommen war, daß es auch eine andere Wirtschaftsordnung außer der kapitalistischen geben könne, fühlte sich zu Unrecht von der „lasterhaften Vermehrungstendenz" der „paupers" ausgebeutet, und da weder er noch irgendein englischer Staatsmann in dieser unseligen Entwicklung die Folgen eigener Fehler einzusehen beliebte, so ergriff man voller Dankbarkeit den von Malthus hingehaltenen Strohhalm. Diese Theorie des Malthus, mit der er sein und der englischen Bourgeoisie schlechtes Gewissen wegen fahrlässiger und schlechter Bevölkerungspolitik zu betäuben und zu erleichtern suchte, sprach aus, daß die ganze Kalamität auf ein Naturgesetz zurückzuführen sei. Und zwar laute dieses Gesetz: die Bevölkerung jedes Landes habe die Tendenz, sich schneller zu vermehren als ihr Nahrungs-Spielraum. Das einzige Mittel gegen dieses Naturgesetz aber bestehe in entweder „präventiver" (moral restraint = tugendhafte Enthaltsamkeit) oder „repressiver" (Unterlassung jeder Unterstützung der Armen und Kinderreichen) Reduktion der Bevölkerungszahl. Malthus empfahl noch einige weitere, ähnlich menschen-

freundliche Mittel, die sich erübrigt, hier anzuführen. Halten wir nur fest, daß es die Grundanschauung des Malthus und aller seiner anglo-amerikanischen Nachfolger ist, das steigende Wirtschaftselend sei kausal verknüpft mit der „Uebervölkerung“ der Erde. Diese Uebervölkerung beruhe zwar auf einem Naturgesetz, sei aber durch geeignete Mittel zu bekämpfen. Und wenn man nur die Zahl der Armen herabdrücke und ihre Nachkommenschaft vermindere, so sei der wichtigste Schritt zur Beseitigung jeglichen Wirtschaftselends und zur Lösung der sozialen Frage getan.

Es fehlt hier an Raum, um diese Theorien des Malthus im einzelnen darzustellen und im einzelnen zu zeigen, wie dieselben Schritt für Schritt von den bedeutendsten Nationalökonomen widerlegt worden sind. Es genügt auch zunächst, zu wissen, daß diese Theorien ihrer großen Bequemlichkeit halber und weil sie ein so vorzügliches Narkotikum für schlechte bürgerliche Gewissen aller Länder sind, bis heute von Geburtenregelungsaposteln aller Länder und fast aller politischen Schattierungen nachgebetet werden. Ja, gerade die bedeutendsten und verdienstvollsten Vorkämpfer für die sexuelle Emanzipation der Frau (H. Stöcker, Deutschland, Margret Sanger, Amerika) arbeiten in dem Glauben, daß eine Reduktion der Anzahl der Menschen irgend etwas zur Lösung „der“ sozialen Frage: „Wie mache ich jedermann reich und glücklich?“ beitragen könne, ja, daß bei genügender Reduktion der Menschheit allgemeines Glück und allgemeiner Wohlstand unbedingt eintreten müsse.

Wir brauchen nicht einmal die großen Nationalökonomen von Marx bis Oppenheimer zu bemühen, um einzusehen, daß diese Annahme ein Trugschluß und daß die neomalthusianistische Theorie genau so falsch ist wie es die malthusianistische war. Die Weltgeschichte hat einmal vor unseren Augen das großartige Experiment angestellt, eine mit 8 Millionen Menschen bevölkerte Insel, nämlich Irland, in wenigen Jahren, nämlich um 1850 herum, durch eine Hungersnot (hervorgerufen durch Einschleppung des Koloradokäfers, der die Kartoffelernte vernichtete), um die Hälfte seiner Bevölkerung zu vermindern. 90 Prozent dieser Bevölkerung gehörten vor diesem Massensterben und dieser Massenauswanderung zu den Aermsten der Armen. Aenderte sich nun etwas an ihrer Lage dadurch, daß ihrer nur noch halb so viele waren? Nein! Es änderte sich nichts, denn nach wie vor waren die Armen lediglich „hands“, die so schlecht als irgend möglich bezahlt wurden. Nach wie vor gehörte ihnen nicht das Dach überm Kopf, nicht das Hemd auf dem Leib. Nach wie vor suchte man sich ihrer durch Einsetzung von Maschinenkraft wo irgend möglich zu entledigen, nach wie vor teilte sich die irische Bevölkerung in 1 Proz. Großgrundbesitzer und 99 Proz. Nichtsbesitzer; durch die Veränderung der absoluten Bevölkerungszahlen hatte sich an diesen Relationen nichts geändert!

Näheres über dieses höchst interessante und in seinen Einzelheiten so erschütternde Experiment der Weltgeschichte lese man im 1. Bande des „Kapital“ von Marx nach. Hier genüge es, festzu-

stellen, daß sich die erste Grundthese der Malthusianisten in ihrem eigenen Lande als ganz und gar falsch erwiesen hat, und daß keine Hoffnung besteht, die soziale Frage jemals durch zahlenmäßige Verminderung der Menschen lösen zu können.

„Ja", werden aber nun die unentwegten Malthusianer rufen. „Wir brauchen doch nur einen Blick auf die heutigen Elendsquartiere der Großstädte zu werfen, um zu sehen, daß für all diese Menschen kein genügender Nahrungsspielraum mehr da ist, daß die Erweiterung dieses Nahrungsspielraumes mit der Vermehrung der Menschen nicht Schritt gehalten hat." — Genügt nicht ein Blick in die Zeitung, um diesen Unsinn zu entlarven?

„New York, 15. Jan. 1932. Die Stadtverwaltung von Santos (Brasilien) hat beschlossen, eine Million Säcke Kaffee als Brennmaterial für die städtischen Gaswerke zu verwenden. In der gleichen Stadt beziehungsweise in ihrer Umgebung wurden bereits in der letzten Zeit Millionen Zentner Kaffee als Heizung für die Lokomotiven verwandt.

(Hbg. Echo, 17. Jan. 32.)

Die bildliche Darstellung dieses Vorgangs findet man in Nr. 2 S. 30 der „Berliner Illustrirten Zeitung", auch lese man in der gleichen Nummer unter der Ueberschrift: „Not durch Ueberfluß", wie in Argentinien die Maiskolben verfeuert, in Kanada der Weizen verbrannt wird. Man vergleiche („Die med. Welt" Nr. 6, 1931, S. 206 ff.) den Artikel des Reg.-Rats Dr. Nölle über „Valorisation und Medizin", man lese: „In den Jahren 1919—1921, zur Zeit der größten Nahrungsmittelknappheit in Deutschland, verarbeitete man in Argentinien Millionen von Dosen Büchsenfleisch aus Tausenden von Rinderherden zu Seife, um es nicht ‚unter dem Preis' zu verkaufen." Man lese die endlose Reihe der Beispiele für den gewissenlosen Valorisations-Terror der Kapitalisten aller Länder, man denke an die Militärposten vor den Petroleumbohrtürmen in Texas usw. ad infinitum, und man wage noch einmal, zu behaupten, die Babies seien schuld an der Wirtschaftskrise! O nein, meine Herren Malthusianisten, nicht die Babies sind schuldig und nicht ihre Eltern! Ihr selbst seid schuldig und eure Gesinnungsgenossen in Politik und Wirtschaft, und glaubt ihr es noch nicht, so muß man wieder einmal



zitieren, was ein amerikanischer Kapitalist in der Zeitung „The Nation" von sich gab:

„Ich bin Gegner der Geburtenregelung unter den Armen! Ich halte es für notwendig für die Ruhe und das Gedeihen der Gesellschaft, daß ein großer Ueberschuß an Armen vorhanden sei. Nur im Verhältnis zu ihrer großen Zahl ist es möglich, ihre Löhne nieder und den allgemeinen Wohlstand aufrechtzuerhalten."

(Zit. n. Leunbach, Probl. d. Geb.-Regelung, Kopenhagen 1930.)

Ist das deutlich? Genügt das, um jedermann den Unsinn malthusianistischer Doktrinen einsehen zu lassen? Um jedermann klar zum Bewußtsein zu bringen, daß wir „die" soziale Frage, die Frage nach dem Wohlergehen der Menschheit durch noch so restriktive Bevölkerungspolitik niemals lösen werden? Man sollte es denken!

Warum aber propagieren wir dennoch birth-control, und zwar mit Einsatz aller unserer Kräfte?

Weil es neben der sozialen Frage für die Menschheit, für die Völker eine zweite soziale Frage gibt, welche lautet:

„Wie ernähre ich Frau und Kinder?"

Und — wenngleich es auf den ersten Blick nicht so scheinen mag — es hat diese zweite soziale Frage mit der ersten ganz wenig zu tun, und — um das Resultat dieser Untersuchung vorwegzunehmen: ihre Lösung hängt mit der Durchführung von birth-control aufs engste zusammen! — Denn: wenn auch in der ganzen Welt die Verteilung des Nahrungsspielraumes keineswegs nach dem Prinzip von Angebot und Bedarf, sondern allein nach dem Prinzip höchstmöglichen Profites erfolgt (wie ich oben deutlich gezeigt zu haben hoffe), so lebte die Familie seit jeher nach wirtschaftskommunistischem Prinzip. Vater und Mutter verteilen ihr Wocheneinkommen an die Familienmitglieder, nicht um daran zu verdienen, sondern nach dem Bedarf jedes einzelnen. Und da ist es ja nun allerdings von ausschlaggebender Bedeutung, ob ein Wocheneinkommen von z. B. 50,— RM unter 2, 4 oder 10 Familienmitglieder verteilt wird. Das Resultat dieser umständlichen Beweisführung, die nur zur Widerlegung der leider so weitverbreiteten malthusianistischen Lehren erforderlich war, haben die Proletarier aller Länder längst vorweggenommen. Längst haben ihre Familienväter eingesehen, daß sie große Familien nicht würden ernähren können, längst, zu einer Zeit, da die Nationalökonomen kaum anfingen, diesen Dingen ihre Aufmerksamkeit zu schenken, begannen sie mit der Kleinhaltung der Familie, mit der Einschränkung der Kinderzahl.

Und längst — in Deutschland deutlich nachweisbar seit 1870 — konstatieren unsere Bevölkerungsstatistiker mit völlig unangebrachter Verwunderung einen Jahr um Jahr wachsenden Geburtenrückgang, der sich — und das ist das Neue an der Sache — diesmal nicht nur auf das Bürgertum, sondern auch und vor allem auf das Proletariat erstreckt. Es kann ein andermal davon gesprochen werden, wie — mit welchen Methoden — das Proletariat des europäisch-amerika-

nischen Kulturkreises diese Absichten durchführt. Hier genüge die Feststellung, daß der einzelne heute lebende Familienvater die Kleinhaltung seiner Familie als einen Akt der Notwehr gegenüber seiner Umwelt empfindet („erst Brot! dann Kinder!“) und so zu seinem Teil die Natur korrigieren hilft, deren verschwenderische Generationsaktivität auch beim Menschen schließlich einmal eine Grenze finden mußte. Keiner Art von Lebewesen war es bisher vergönnt, sich auf Kosten der übrigen unbeschränkt zu vermehren und auszubreiten. Der Mensch hätte sich auf der Erde mit den ihm dank seiner Intelligenz zur Verfügung stehenden Mitteln der Technik noch vielleicht zehnmal so stark vermehren können, als er es getan hat. Es beliebte ihm aber, seine Intelligenz nicht in den Dienst der ganzen Menschheit, sondern nur in den Dienst seines persönlichen Geldbeutels zu stellen. Als unerbittliche Folge dieses egoistischen (tierischen) Verhaltens trifft ihn die regulierende Epidemie der Birth-control-Bewegung. Und es ist leicht zu prophezeien, daß diese Epidemie so lange anhalten wird, als man auf einer Seite des Ozeans volle Scheunen, auf der anderen verhungernde Kinder — ausgemergelte Proletarierfrauen, Paragraphen gegen die Verbreitung von Verhütungsmitteln und gegen die Schwangerschaftsunterbrechung mit all ihren unsozialen und antihygienischen Folgen haben wird. Darum: wenn auch die Birth-control-Bewegung keine Patentlösung zur Befreiung der Menschheit aus der Wirtschaftskrise sein kann, unter den heute üblichen Wirtschaftssystemen ist sie die einzige Rettung der Familie vor dem Hunger und dem Elend!

RUNDSCHAU

Naziärzte und Proletariat.

Der größte Teil der deutschen Aerzte ist heute auf die Krankenkassenpraxis angewiesen und findet seine Existenz in der Behandlung der Arbeiter und Angestellten. Auch die zahlreichen offen oder versteckt nationalsozialistischen Aerzte, die das Proletariat hassen und verachten. Im „Völkischen Beobachter“ und in gleichgerichteten Blättern findet sich folgendes Inserat:

Es wird bekanntgegeben:

„Jedes Parteimitgliedes selbstverständliche Pflicht ist es, im Erkrankungsfall die Aerzte in Anspruch zu nehmen, die sich offen zur Bewegung bekennen, keinesfalls aber der Bewegung gleichgültig oder gar feindlich gegenüberstehende oder gar fremdrassige Aerzte. Es liegt im eigensten Interesse aller Parteimitglieder, wenn sie sich im Erkrankungsfall in Behandlung ihnen von vornherein durch die politische Zusammengehörigkeit nahestehender Aerzte begeben.

gez. Bormann.

So propagieren die Nazis überall: Kauft nicht bei Juden, kauft nicht in Warenhäusern, nicht im Konsumverein, geht nicht zu jüdischen Aerzten! Da kann es für die Millionen

freigewerkschaftlich organisierter und sozialistischer Krankenkassenmitglieder in jahrzehntelanger bewährter proletarischer Solidarität nur eine Parole geben:

Unterstützt nicht die Feinde des Proletariats, die nationalsozialistischen Aerzte!

Zur Neubesetzung des Lehrstuhls für soziale Hygiene an der Berliner Universität.

Mit Wirkung vom Sommersemester 1932 ist Prof. Dr. Chajes, der bisher einen Lehrauftrag für Gewerbehygiene an der Technischen Hochschule in Berlin gehabt hat, zum außerordentlichen Professor für soziale Hygiene und zum Direktor des sozialhygienischen Instituts an der Universität Berlin ernannt worden. Damit ist Grotjahns im vergangenen Winter verwaist gewesener, Lehrstuhl neu besetzt. Aus diesem Anlaß verlohnt es sich wohl, einen kurzen Blick zurückzuwerfen.

Erst 1920 gelang es nach langem Kampf, den damaligen Unterrichtsminister Haenisch dazu zu bewegen, gegen den Willen der medizinischen Fakultät, Grotjahn zum Ordinarius für soziale Hygiene zu ernennen. Jahre dauerte es, bis die neue „Revolutionswissenschaft" und ihr „Revolutionsprofessor", wie sie in der Fakultät genannt wurden, die formale Anerkennung und Gleichberechtigung mit den anderen Disziplinen, errangen. Die Stellung, die die soziale Hygiene heute, zumindest an der Berliner Universität, einnimmt, verdankt sie zweifelsohne der beispiellosen Zähigkeit und Energie, mit der Grotjahn für sie kämpfte. Trotzdem hat sie bis jetzt immer ein wenig die Rolle des Außenseiters gespielt, ist sie von der übrigen medizinischen Wissenschaft nicht für voll genommen worden. Das ist nicht verwunderlich, und wir sozialistischen Medizinstudenten, die das Hauptkontingent der Interessierten an diesem Gebiet stellen, sind gewiß nicht betrübt darüber. Im Gegenteil, es erscheint uns als selbstverständlich, daß die soziale Hygiene, deren Forderungen immer wieder mit den Konsequenzen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung in Konflikt geraten, einen dauernden Kampf um ihre Existenzberechtigung führt. Es würde uns verwunderlich erscheinen, wenn dies nicht der Fall wäre, ja, es müßte uns bedenklich stimmen.

Jedem, der sich mit den Fragen, die die soziale Hygiene aufwirft, beschäftigt, muß einfach der Widerspruch, der zwischen ihren grundsätzlichen Forderungen und den Möglichkeiten zu ihrer Erfüllung besteht, auffallen. „Soziale Hygiene und Sozialismus sind Geschwister", sagte Grotjahn einmal, und diese Erkenntnis war der Leitfaden, nach dem er arbeitete und lehrte. Wir wünschen und hoffen, daß die Tätigkeit des Genossen Chajes von dem gleichen Geiste erfüllt sein möge, und daß es ihm gelingen wird, den Lehrstuhl der sozialen Hygiene weiter als einen Vorposten des sozialistischen

Kampfes an der Hochschule halten und ausbauen zu können.

Erwin Brauner.

Stellungnahme des V. S. Ae. zur Neuregelung der wohlfahrtsärztlichen Versorgung.

Zu dem zwischen der Stadt Berlin und dem Groß-Berliner Aerztebund vereinbarten Vertrage über die wohlfahrtsärztliche Tätigkeit erklärt der V. S. Ae.:

Die Notwendigkeit der Neuordnung der wohlfahrtsärztlichen Versorgung ist eine Folge der kapitalistischen Weltwirtschaftskrise. Sie bedingt, daß die Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung zu chronischer Arbeitslosigkeit und Verelendung verurteilt ist. Wir protestieren dagegen, daß der existenzlos gewordene Proletarier und Mittelständler im Krankheitsfalle einer schlechten Armenpflege ältesten Stils preisgegeben wird. Der vereinbarte Vertrag mit 4jähriger Vertragsdauer, mit einer niedrigen Kopfpauschale, mit Begrenzung auf wenige bestimmte Medikamente und mit obligatorischer Regreßzahlung bedeutet eine absolute Unmöglichkeit ärztlicher Versorgung für Kranke in so schwerer sozialer Notlage.

Der Vertrag überläßt den zu versorgenden Kranken nur scheinbar die Auswahl der Aerzte ihres Vertrauens („freie Arztwahl"), da nur Mitglieder eines bestimmten ärztlichen Vereins zur Tätigkeit zugelassen werden sollen. Die Leitung des Groß-Berliner Aerztebundes hat es mit diesem Vertrag in der Hand, einen Koalitionszwang auszuüben und ihm mißliebige Aerzte durch Ausschluß in ihrer Existenz zu schädigen.

Der V. S. Ae. weist die Oeffentlichkeit, insbesondere seine auswärtigen Gruppen, auf die große Gefahr solcher Monopolverträge hin und fordert seine Mitglieder auf, bei einer Urabstimmung gegen den vorliegenden Vertragsentwurf zu stimmen. Der V. S. Ae. fordert prinzipiell Vertragsabschlüsse nach freigewerkschaftlichen Grundsätzen.

Eheberatungsstellen und Aufhebung des § 218.

Gen. Dr. Käte Frankenthal (Sozial. Arbeiter-Partei) hat folgende Anfrage im bisherigen preußischen Landtag eingebracht:

„Der Staatsrat hat in seiner Sitzung vom 20. Januar auf die hohe Belastung der Oeffentlichkeit durch die Pflege der geistig und körperlich Minderwertigen hingewiesen. In seinem Beschluß ersucht er das Staatsministerium

a) in Fühlung mit den dazu berufenen Stellen (Aerzten, Pädagogen, Theologen) Maßnahmen zu treffen, um den genannten Lehrern der Eugenik eine größere Verbreitung und Beachtung zu verschaffen;

b) zu veranlassen, daß die für die Pflege der Minderwertigen aufzuwendenden Kosten gesenkt werden.

Ueber die Art der gewünschten Maßnahmen hat der Staatsrat sich nicht ausgesprochen. Eine weitere wesentliche Senkung der Kosten für die Heil- und Pflegeanstalten erscheint nach den bereits durchgeführten Sparmaßnahmen nicht möglich. In den Berliner Anstalten wird pro Tag und Kopf für Verpflegung 70 Pfennige ausgegeben, in der Provinz teilweise Sätze von

50—55 Pfennig. Bei der ungenügenden Preissenkung auf dem Lebensmittelmarkt sind weitere Einschränkungen auf diesem Gebiet untragbar. Der Personalbestand ist bereits so knapp, daß die persönliche Sicherheit der Pfleger, die unruhige Kranke zu versorgen haben, nicht mehr gewährleistet ist.

Das preußische Wohlfahrtsministerium hat bereits im Jahre 1926 die Einrichtung ärztlich geleiteter Eheberatungsstellen empfohlen. Die Berliner Stadtverordnetenversammlung hat im Jahre 1930 Richtlinien für Eheberatungsstellen beschlossen. Der Aufgabenkreis soll u. a. umfassen:

Beratung von Ehekandidaten und Fortpflanzungswilligen auf ihre körperliche und eugenische Eignung; Beratung in Fragen der Behebung der Sterilität und der Vermeidung unerwünschter Schwangerschaft, in geigneten Fällen unentgeltliche Abgabe von Verhütungsmitteln. Der Magistrat hat diesen Richtlinien nicht zugestimmt. Die wirksamste Maßnahme im Sinne des Beschlusses des Staatsrats wäre aber, durch öffentliche Eheberatungsstellen allen Volkskreisen die Methoden der bewußten Geburtenregelung zugänglich zu machen. Ich frage das Staatsministerium:

Ist es bereit, Maßnahmen zu treffen, um in Preußen öffentliche Eheberatungsstellen einzurichten, deren Aufgabenkreis die aus dem Beschluß der Berliner Stadtverordnetenversammlung angeführten Punkte mit umfassen muß? Ist es ferner bereit, in Anbetracht der vom Staatsrat getroffenen Feststellungen sich bei der Reichsregierung für Aufhebung des § 218 einzusetzen?"

MALERHÜTTE
BERLIN G.M.B.H.
NO 18, LANDSBERGER ALLEE 38-39
VORMALS MALEREIGENOSSENSCHAFT
FERNRUF: E 4 ALEX. 5628-30
ALLE MALERARBEITEN INSBES.: BEHANDLUNGSRÄUME, WARTERÄUME. GESCHMACKVOLLE WOHNUNGS-RENOVIERUNGEN / ERBITTEN SIE OFFERTEN

Es ist bei der Abhängigkeit der jetzigen preußischen Staatsregierung von dem Zentrum und von den anderen bürgerlichen Parteien nicht zu erwarten, daß die geforderten fortschrittlichen Maßnahmen auch nur in Erwägung gezogen werden. Die Kulturreaktion erringt im Gegenteil von Tag zu Tag immer neue Siege!

Aus der sozialistischen Ärztebewegung

Aus Amerika

Aus sozialistischen Aerztekreisen wird uns geschrieben:

Die Vereinigten Staaten Amerikas sind in Europa vollkommen unbekannt. Dies trotz einer sogen. freien Presse. Näheres darüber unter anderem bei Upton Sinclair in „Brass Check". Die U. S. A. sind in Europa unbekannt trotz der vielen Besucher, oder gerade

infolge der Besucher. Sie weilen hier kurze Zeit, werden ein wenig herumgeführt, erhalten einige einseitige Daten und veröffentlichen Lobgesänge.

Das Land der Arbeit hat keine Arbeiterbewegung. Einzelne Gruppen kennen eine solche, sind aber ohne Einfluß auf die amerikanische Arbeiterschaft. Der Beweis hierfür: kein Arbeitervertreter in irgendeiner gesetzgebenden oder verwaltenden Körperschaft, mit der schwachen Ausnahme von Wisconsin.

Die American Federation of Labour, die Gewerkschaftsorganisation, ist, soweit die Führerschaft in Betracht kommt, durchaus bürgerlich; im allgemeinen konservativ, mit einzelnen Ausnahmen liberal. — Vor den Wahlen beginnt der Schacher mit den beiden bürgerlichen Parteien, der republikanischen und demokratischen, um die Arbeiterstimmen.

Um die sozialistische Partei kümmert man sich wenig. Ihr Einfluß und ihre Bedeutung sind sehr gering. Die Tätigkeit der KP. ist gleich der aller kommunistischen Parteien: Kampf gegen den Erbfeind — die Sozialdemokratie. Und es geht so weit, daß das kommunistische Zentralkomitee in offiziellen Kundgebungen von drei bürgerlichen Parteien spricht: die demokratische, republikanische und sozialistische.

Die Mitgliederzahl beider sozialistischen Parteien erreicht keine 30 000; die der KP. beträgt nach offiziellen Angaben 12 000. Das in 48 Staaten mit einer Bevölkerung von 120 Millionen!

Aber gibt es wenigstens ein Leben in diesen kleinen Organisationen? Absolut nichts, was diesen Namen verdienen würde, und was Arbeiterbewegungen sonst auszeichnet. Das ist die Regel bei der SP. Der herrschende Sektengeist, die ewigen Ausschlüsse und Spaltungen machen die KP. unfähig, die Repräsentantin der Arbeiterklasse zu werden.

Das ist der Boden, auf dem wir den Aufbau einer Organisation sozialistischer Aerzte in Angriff genommen haben. Kaum ein Ansatz einer Verbindung von Arbeiterschaft mit der Medizin ist vorhanden. An Versuchen haben wir es nicht fehlen lassen, das Verständnis für die Sozialisierung des Heilwesens wachzurufen. Der Weg ist hier lang und mühselig.

Die Aufgaben einer amerikanischen Organisation sind teilweise anders als etwa in Deutschland. Wir müssen nicht nur gegen die durch und durch bürgerliche Clique der offiziellen American Medical Association kämpfen. Dieser Kampf ist bereits im Gange. Hundert von Artikeln werden direkt auf ihr Betreiben gegen die Sozialisierung des Heilwesens veröffentlicht. Die Idee wird als „made in Germany“ gebrandmarkt, was natürlich Wasser auf die Mühlen des hiesigen Chauvinismus, der Emigrantenfresserei ist. Dahinter versteckt sich hier die Reaktion, ähnlich wie hinter dem Antisemitismus anderswo. Da-

neben gilt es für uns, die Masse der Arbeiterschaft aufzurütteln und Material für Agitation und Propaganda zu sammeln und zu bearbeiten.

Ohne gründliche Kenntnis der Landesverhältnisse ist ein erfolgreiches Arbeiten nicht denkbar. Und das ist in den Vereinigten Staaten nicht leicht, wo jeder der 48 Staaten seine eigene Gesetzgebung hat, besonders auf sozialhygienischem Gebiet. In einem Staate ist zum Beispiel Kinderarbeit verboten, in anderen erlaubt. Das gleiche gilt in bezug auf Frauenarbeit, Krankenhauswesen, Unfallschutz und -versicherung.

Trotz alledem wird sich auch bei uns eine wirkliche Bewegung entwickeln müssen. Die Maschine, die noch vor kurzem Menschen ersetzte, wirft jetzt Arbeiter massenhaft aufs Pflaster. Der Arbeiter betrachtet sich nicht mehr als einen Rockefeller in potencia, sondern fühlt und beginnt zu begreifen, daß er ein Proletarier ist. Polizeiknüppel, Thränenbomben usw. helfen dabei mit. In der SP. hört man bereits das Wort „Klassenkampf". Die Intelligenz wird radikaler in ihrer Denkart. In bezug auf den Parteizank ist jeder Nicht-Parteigeblendete einer Meinung, daß ihm gerade durch die ernste Situation ein Ende zu machen sei. In diesem neuen Milieu wird unsere Organisation eine Selbstverständlichkeit sein.

Wir werden uns bemühen, Aerzte, denen Sozialismus mehr als eine Modesache ist, zu wirklichen Sozialisten auszubilden, und in engstem Kontakt mit der Internationalen Vereinigung sozialistischer Aerzte zu bleiben.

F. Ru.

England.

Die englische Sozialistische Aerztevereinigung hält ihre 2. Jahresversammlung vom 28. bis 29. Mai d. J. in London im National Labour Club ab. Die Tagesordnung enthält neben den organisatorischen Fragen und Wahlen Berichte des Exekutivkomitees und verschiedener Kommissionen sowie einen Vortrag des Gen. Dr. Salter, M. P., über „Gesundheitspropaganda".

Für Mitglieder und Gäste findet Sonnabend ein gemeinsames Abendessen statt.

Dänische Landesgruppe des V. S. Ae.

Die dänische Landesgruppe des V. S. Ae. veranstaltete unter der Leitung unseres dortigen Vorkämpfers, des Gen. Dr. H. J. Leunbach in Kopenhagen am 12. April im Verein mit der „Weltliga für Sexualreform" einen Vortragsabend, bei dem Gen. Dr. Julian Marcuse das Problem der Geburtenregelung und der Abtreibungsgesetzgebung erörterte. Der besonders aus den Kreisen der Universität wie der dortigen Aerztewelt sehr zahlreich besuchte Vortrag fand in einer äußerst lebhaften Diskussion seinen Ausklang und volle Uebereinstimmung mit den Ausführungen und Thesen des Redners.

Bericht von der Sektion Norwegen.

Die norwegische Sektion hat sich seit der Gründung im Juni 1931 eines lebhaften Interesses und großer Aufmerksamkeit erfreuen können und ist in ständigem Wachstum begriffen. Die Mitgliedschaft ist zur Zeit zwischen 50 und 60. Als vorläufiges Mitglieds- und Propagandaorgan erschien Januar 1932 das erste gedruckte Heft des „Mitteilungsblatt des Vereins Sozialistischer Aerzte", das an sämtliche Aerzte Norwegens geschickt wurde.

Das Arbeitsprogramm umfaßte erstens den allwöcheutlichen oder 14 tägigen Zirkel zum Studium der sozialen Medizin. Die folgenden Themata sind von verschiedenen Genossen behandelt worden: Die Aerzteschaft und ihre Aufgabe, das medizinische Studium, Krankenhaus- und Heilstättenwesen, Krankenversicherung, Industrieller Arbeiterschutz, Apothekenwesen, Kurpfuscherei, Todesursachen und Morbiditätsverhältnisse in der norwegischen Bevölkerung, Wohnungsverhältnisse, Ernährung, Tuberkulose, Venerische Krankheiten, Rheumatische Krankheiten, Geisteskrankheiten. Als weitere Themata sind aufgestellt: Berufskrankheiten, Rationalisierung und Gesundheit der Arbeiter, Alkoholismus, Schulkinderhygiene, Mutter- und Kinderschutz, Geburtenregelung, Rassenhygiene, Mentalhygiene, Krüppelfürsorge, Kriminalität und Gefängniswesen. Das Gesundheitswesen in der Sowjet-Union.

Versammlungen, zugänglich allen Aerzten, wurden abgehalten:

1. Direktor der allgemeinen Ortskrankenkasse Oslos, Ormestad: Unsere Krankenversicherung und die Angriffe gegen sie. Einstimmig wurde ein Protest gegen den staatlichen Abbau der Krankenversicherung angenommen.

2. Dr. Karl Evang: Lassen sich die venerischen Krankheiten durch gesetzgeberische Veranstaltungen bekämpfen?

3. Oberarzt J. Scharffenberg: Aktuelle Gefängnisfragen.

Der letztgenannte Vortrag war die Einleitung zu einer Aktion der Sektion gegen den heutigen Stand der norwegischen Gefängnisse und Sträflings-„Behandlung". Die Veranlassung war diesmal ein Ereignis in einem 117 jährigen Festungsgefängnis in Oslo, wo ein junger Sträfling durch verbrecherische Nachlässigkeit von seiten des Gefängnisvorstandes getötet wurde.

Unsere nächste Aktion richtete sich gegen die Verelendung der Arbeitslosen durch die völlig ungenügenden Armenunterstützungen (in Norwegen gibt es keine öffentliche Arbeitslosenunterstützung). Die reaktionäre bürgerliche Mehr-

heit der Gemeindeverwaltung Oslos hat ein detailliertes Ernährungs- und Haushaltungsbudget aufgestellt, das noch weitere Reduktionen der Unterstützungen durchführen sollte. Die Sektion hat eine Untersuchung veröffentlicht, in der nachgewiesen wurde, daß die aufgestellte Ernährung sowohl in quantitativer wie in qualitativer Hinsicht unzureichend sei, so daß die Arbeitslosen und insbesondere ihre Kinder, notwendigerweise verhungern und Hungerkrankheiten unterliegen müßten.

Unsere Genossen entfalten auch sonst eine große Tätigkeit durch Vorträge, Arbeiter - Samariterkurse, Propaganda innerhalb der Aerzteschaft usw. Die Zusammenarbeit mit den Arbeiterorganisationen wird immer besser. Die Sektion hat Verbindung aufgenommen mit dänischen und schwedischen Genossen.

Für die Sektion Norwegen:

Karl Evang,
Vorsitzender.

Bericht über die Jahresversammlung der deutschen sozialdemokratischen Aerzte in der CSR. in Prag am 3. April 1932.

Die heurige Jahresversammlung wurde vom Gen. Dr. Holitscher mit einem Nachruf für unser verstorbenes Mitglied, Gen. Dr. Beck in Teplitz und unsere Freunde im Ausland, Forell und Grotjahn, eingeleitet. Dann begrüßte der Vorsitzende die erschienenen Gäste von der tschechischen Sektion der sozialdemokratischen Aerzte in Prag und Bratislava, die Vertreter der sozialdemokratischen Studenten und Akademikervereinigungen, und Gen. Prof. Dr. Tandler aus Wien. Das Berliner Internationale Büro der sozialistischen Aerzte hatte, in Ermangelung einer persönlichen Vertretung, ein Begrüßungstelegramm gesandt. Hierauf zeigte Holitscher in einem Rechenschaftsbericht in großen Umrissen die Arbeit des vergangenen Jahres auf, und schloß seinen Bericht mit dem Wunsche, in allen Gegenden Arbeitsgemeinschaften, bzw. nach Statutenänderung Ortsgruppen zu schaffen, die die über das ganze tschechoslowakische Reichsgebiet verstreut wohnenden Genossen zur Arbeit für den Verein zusammenführen sollen. Der Verein hat eine Denkschrift an das Parlament gerichtet, worin er gegen die von den Agrariern und Bürgerlichen beabsichtigte Verschlechterung der Sozialversicherung Stellung nimmt und besonders für eine Arbeitslosenversicherung und eine staatliche Arbeitslosenkrankenversicherung eintritt. Zur Debatte sprechen unter anderem Popper von den tschechischen sozialdemokratischen Aerzten, Tandler (Wien), Gruschka (Aussig) und Tuscherer (Bratislava). Gruschka regte ein engeres Zusammenarbeiten zwischen deutschen und tschechischen Aerzten an. — Eine Beratung unserer Genossen im Parlament über den Ausbau der Unfallversicherung wurde beschlossen. Den Kassenbericht gab Gen. Dr. Feldstein;

die Kontrolle beantragte, dem Kassierer das Absolutorium und den Dank der Versammlung auszusprechen. Wird angenommen. Dr. Gruschka hält ein Referat über die Schaffung von Sexualberatungsstellen. — Der bisherige Ausschuß wurde wiedergewählt und ihm aus der Versammlung der besondere Dank ausgesprochen.

Am Vortage fand eine gutbesuchte öffentliche Versammlung im Prager Gewerkschaftshaus statt, in der Gen. Prof. Dr. Tandler einen Vortrag über „Arzt und Wirtschaft" hielt. Der erste Teil der Ausführungen galt der wirtschaftlichen Stellung des Arztes in der Gemeinschaft; treffende Beobachtungen und Anmerkungen galten dem Bildungsprivileg, für das nicht Eignung maßgebend sei, der Ueberfüllung der Hochschulen als Auswirkung der Arbeitslosigkeit, der Ueberproduktion an Aerzten und Unterbietung ihrer Leistung, dem Spezialistenunfug und der Konjunkturspekulation, dem Heilmittelmißbrauch, dem Verhältnis zwischen Arzt und Patienten; der Aerztestand mache heute ein Uebergangsstadium zur künftigen sozialen Stellung durch, die der Vortragende im fest angestellten Arzt erblickt. Ebenso treffend charakterisierte er die Einflußsphäre des Arztes in Einzelpraxis und im öffentlichen Fürsorgewesen auf dem Gebiete der Reproduktion, Aufzucht und Erhaltung menschlicher Arbeitskraft, zeigte die Gefahren der Uebervölkerung durch Minderwertige, wobei er sich als Anhänger der Sterilisierung bekannte; dem Deutschen Reiche koste ein Idiot 65 000 Schilling, während Genies verrecken, für die der Staat keinen Heller übrig habe. Mit allem Nachdruck wandte er sich gegen den Gaskrieg, der das sonst so heilig gepriesene und mit Opfern emporkultivierte Menschenleben länderweise zu vernichten drohe und gab zu bedenken, wie segensreich man die in der Welt jährlich für Kriegsrüstungen ausgegebenen Dollar-Milliarden in anderer Weise für die Menschheit verwenden könne. Der Beifall war außergewöhnlich.

Den gleichen Vortrag hielt Gen. Prof. Dr. Tandler am 3. April in der Ortsgruppe Brünn des Vereins der deutschen sozialdemokratischen Aerzte, wo im großen Hörsaal der Volkshochschule ein den ganzen Saal füllendes Publikum seinen Ausführungen mit großer Aufmerksamkeit

Dermatologe
in südwestdeutscher Großstadt **sucht** im Sommer für mehrere Wochen gut ausgeb. **Vertreter. Angebote an den Soz. Arzt.**

STELLENTAFEL
(Zuschriften an die Redaktion des „Soz. Arzt" erbeten)

Vertrauensarzt
für eine Ortskrankenkasse in Sachsen gesucht.

Aerztin
sucht in Berlin Vertretung in den Sommermonaten.

folgte und ihm für seine Ausführungen durch langandauernden Beifall dankte. Mf.

Verein Sozialistischer Aerzte
(Ortsgruppe Gr.-Berlin)

Mitgliederversammlung

Donnerstag, den 19. Mai 1932,
20¼ Uhr im Pschorr-Haus, Tauentzienstr. 13 (Bavaria 4252)

Tagesordnung:

1. Organisatorische Angelegenheiten
2. **Der Faschismus in der Aerzteschaft**
   Ref. Gen. Dr. Käthe Frankenthal
3. Die Wohlfahrtsärztliche Versorgung
   Ref. Gen. Dr. L. Klauber

Nur Mitglieder des V. S. Ä. haben Zutritt

Der Vorstand
I. A.
Ewald Fabian, Hohenzollerndamm 191

Werbt neue Mitglieder für den V.S.Ä., neue Leser für die Zeitschrift „Der Sozialistische Arzt"

Ersatzwahlen zum Berliner Vorstand.

An Stelle der ausgeschiedenen Genossen Loewenstein und Rosenthal wurden die Gen. Käthe Frankenthal und F. Weiß in den Berliner Vorstand gewählt.

Mitgliedsbeiträge!

Der Mitglieds- und Pressebeitrag ist zusammen auf 12 RM für 1932 herabgesetzt worden.

Die Kassierer der Ortsgruppen und Einzelmitglieder werden um möglichst pünktliche Einsendung der Beiträge im Interesse der Gesamtorganisation gebeten!

Zentralkassierer (Mitgl.-Beiträge und Abonnementsgelder für den „Soz. Arzt") ist Gen. Dr. Minna Flake, Berlin-Wilmersdorf, Waghäuseler Str. 19 (Postscheck-Konto 749 15).

BÜCHER UND ZEITSCHRIFTEN

Allgemeine Medizin

Beiträge zur Geschichte der Medizinreform von 1848.
Inauguraldissertation von E. H. Ackerknecht. Johann Ambrosius Barth, Leipzig, 1932.

Die gewaltige und bis jetzt letzte Reformbewegung in der Medizin, aufs engste verknüpft mit dem Namen Virchows, ist das Thema dieser Dissertation unseres Genossen Ackerknecht.

Erfreulich schon an sich ist der Versuch, einen Wendepunkt der Geschichte, wie ihn die 48er Revolution darstellt, klassenmäßig zu beleuchten und die ökonomische Basis des von späteren Generationen romantisch idealisierten Befreiungskampfes der Bourgeoisie aufzudecken. Der Fleiß, mit welchem auf dem Teilgebiet der Medizinalreform das Material hierfür zusammengetragen und der Geist der Zeit herauskristallisiert wurde, ist dankenswert, bewirkt allerdings, daß die Arbeit beinahe zu einer reinen Quellensammlung wird. Der Verfasser selber bleibt dahinter fast dauernd unsichtbar.

Die Schrift dürfte jeden interessieren, der grundlegende Informationen über diese Epoche der Medizin haben will, die immer aktuell ist, weil der größte Teil der heutigen Reformideen und Vorschläge auch sozialistischer Gesundheitspolitiker, auf nicht sehr veränderter Grundlage aufgebaut sind. Erwin Brauner.

Prof. Bronner. Die Wege sowjetrussischer Venerologie. Aerztliche Sowjetzeitung. 1932, Heft 2, Seite 99.

Für einen nicht-russischen Arzt ist es ungewohnt, Probleme der Sozialmedizin im Zusammenhang mit einer soziologischen Analyse gesellschaftlicher Veränderungen und Klassenkräfte diskutiert zu sehen. Bronner versucht, in einem Aufsatz die Unzulänglichkeit rein klinisch orientierter, sanitärer Maßnahmen zu erweisen und fordert eine Umstellung der Fürsorge für die Geschlechtskranken unter dem Gesichtspunkte der sozialen und ökonomischen Umwälzungen durch den Fünfjahresplan. So kritisiert er die Behauptung, daß die Geschlechtskrankheiten mit dem Wachsen der Industriezentren an Verbreitung zunehmen und daß die Abwanderung vom Land in die Stadt ihre Zunahme bewirke. Durch den Ausbau des Gesundheitswesens in den Städten zeige sich in der Sowjetunion gerade das umgekehrte Bild.

Bronner bekämpft die seit 1918 vertretene Auffassung, die Geschlechtskrankheiten seien keine Schande, sondern ein Unglück: „Es sei wohl eine Schande, Träger von Infektionsgefahren zu sein, während die Sowjetmacht einem jeden alle Mittel zu ihrer Liquidierung bietet."

Man bedauert, daß der interessanten Arbeit kein Zahlenmaterial beigegeben ist und daß die konkrete Analyse der angedeuteten soziologischen Probleme durch Zitate aus Lenin und Stalin ersetzt wird.

S. Fg.

Sozialpolitik und Wohlfahrtspflege

Hans Mayer-Daxlanden-New York: „Zahl und Vermögen amerikanischer freiwilliger Krankenkassen". Deutsche Krankenkasse, Nr. 14, 1932.

In der ausführlichen und außerordentlich instruktiven Arbeit stellt Gen. Mayer-Daxlanden den Umfang, die Verbreitung, die Zusammensetzung, die staatliche Kontrolle und die Leistungen der amerikanischen Selbstschutzkassen (Fraternal Societies) dar. Am 1. Januar 1931 gab es 121 „Fraternals", die jede über mehr als eine Million Dollars Kapital und über ein Gesamtvermögen von fast einer Milliarde Dollars verfügten. Die großen Krankenversicherungsgesellschaften (mit mehr als 10 Millionen Kapital) haben fast durchweg den Charakter rein amerikanischer Logen mit Klubhäusern, Altersheimen, Sanatorien und Hospitälern, die durch ihre Rekrutierung aus allen Bevölkerungsschichten neben der Kranken-, Alters- und Unfallversicherung den politischen Zweck der Verwischung der Klassenunterschiede erstreben. Einen großen Teil der Tätigkeit dieser Organisationen nehmen Vergnügungsveranstaltungen ein: Bälle, Ausflugsfahrten, Verlosungen, Preisverteilungen, Alkoholgelage.

Die mittleren und kleinen „Fraternals" sind meist Gründungen nationaler Einwanderergruppen. Sie sind zum größten Teil Selbstschutzorganisationen der eingewanderten Arbeiter. Durch die Einwanderersperre und die Amerikanisierung der Einwandererkinder sind sie in ihrer Entwicklung, ja in ihrem Bestand bedroht.

Während die Gehälter der oberen Verwaltungsbeamten, besonders bei den großen Fraternals, Unsummen verschlingen, sind die Leistungen für die Mitglieder an Höhe und Dauer der Unterstützung gering. Sie sind auf 40 bis 80 Wochen während des ganzen Lebens des Mitglieds begrenzt, gelten meist nur für den Selbstversicherten, nicht für seine Familie. Zahnärztliche oder spezialärztliche Behandlung werden statutengemäß äußerst selten gewährt; Medikamentenabgabe ist völlig unbekannt.

So stellen diese Fraternals — besonders bei den stets steigenden Beiträgen — nur einen sehr dürftigen Ersatz für die in Amerika fehlende Sozialversicherung dar, dessen Wert durch die erheblich höhere Inanspruchnahme durch die Millionen Arbeitslosen heute noch besonders beeinträchtigt wird. Durch

das Fehlen jeder staatlichen Erwerbslosenunterstützung sind die freiwilligen Kassen in eine schwere Krise geraten.

Die genauen Darlegungen des Verfassers geben einen neuen, sehr lehrreichen Einblick in das „Arbeiterparadies“ Amerika. Fl.

Gesundheitsfragen bei der Kapitalabfindung Kriegsbeschädigter.

Von Dr. L. Klauber. Korrespondenzblatt des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten. 13. Jahrg. Nr. 4. Berlin C 2.

Oesterreichische Blätter für Krankenpflege und Fürsorge.

Schriftleitung: Wien I. Reitschulgasse 2.

Aus dem April-Heft 1932: Wohlfahrt als soziale Pflicht von Oda Olberg; Die Krankenpflegerinnen von M. Epstein (München); Ueber die gesetzlichen Rechte und Pflichten der Säuglingspflegerin von Dr. Philippine Hannak.

Sexualfragen

Der Reichsverband für Geburtenregelung und Sexualhygiene. Jahresbericht der Ortsgruppe Hamburg, 1931.

Die im Mai 1930 gegründete Ortsgruppe Hamburg hat sich durch die ausgezeichnete Zusammenarbeit der verschiedensten Verbände und der Behörden überraschend gut entwickelt. Die Mitgliederzahl hat trotz der schweren wirtschaftlichen Verhältnisse 1500 erreicht. Die Geschäftsstelle und die regelmäßigen Mitgliederversammlungen werden sehr gut besucht. Der Vorstand und die rege mitarbeitenden Aerzte bemühen sich mit Erfolg um die theoretische und praktische Aufklärung über Sexualhygiene. Werbeveranstaltungen in den hamburgischen Außenbezirken sorgen für neue Interessentenkreise. Besonders gut bewährt haben sich die Frauenkurse, die bisher achtmal, in Gruppen von 15 Teilnehmerinnen, von Aerzten abgehalten und in denen an einem Phantom die Frauen in der Technik der Schwangerschaftsverhütung unterwiesen wurden. Dieser wirklich positive Jahresbericht des Hamburger Reichsverbandes wird als Appell zur Unterstützung seiner Bestrebungen seine Wirkung nicht verfehlen. Fl.

Schwangerschaftsverhütung. Herausgegeben im Auftrage des Reichsverbandes für Geburtenregelung und Sexualhygiene. 1932. Nürnberg, Rohledererstraße 12.

In dieser kleinen nützlichen Broschüre gibt Max Hodann einleitend einige prinzipielle Aufklärungen über prinzipielle Aufklärungen über diese proletarische Organisation, die sich an die Grundgedanken des Marxismus hält und mit der irrtümlichen Lehre der Malthusianer nichts zu tun haben will. Die Technik der Schwangerschaftsverhütung erläutert eingehend Gen. Dr. R. Elkan (Hamburg) vermittels einiger Abbildungen. Ueber die Ziele des Reichsverbandes schreibt abschließend der 1. Vorsitzende, Franz Gampe. Eine Liste der Sexualberatungsstellen in Deutschland ist beigefügt. F.

Ein Phantom zur Erlernung der Technik der Kontrazeption.

Von Dr. W. Neubauer und Dr. R. Elkan (Hamburg). Mit 4 Abbildungen. Sonderdruck aus der „Zeitschrift für Sexualwissenschaft und Sexualpolitik“. 1931. 6. Heft. A. Marcus & E. Webers Verlag in Berlin.

Die Verfasser glauben nach ihren reichhaltigen Erfahrungen den Kollegen, die eine größere Sexualberatungspraxis haben oder als Berater in Sexualberatungsstellen tätig sind, raten zu dürfen, sich des Phantoms bei ihrer Arbeit zu bedienen.

Verschiedenes

Sigm. Freud. Vier psychoanalytische Krankengeschichten. Internationaler Psychoanalytischer Verlag, Wien, 1932. In Ganzleinen 9 RM.

Inhalt: Bruchstück einer Hysterie-Analyse („Dora“). — Analyse der Phobie eines fünfjährigen Knaben („Der kleine Hans“). — Bemerkungen über einen Fall von

Zwangsneurose („Rattenmann"). — Psychoanalytische Bemerkungen über einen autobiographisch beschriebenen Fall von Paranoia („Schreber").

Tretjakow: Feld-Herren. Der Kampf um eine Kollektivwirtschaft. Malik-Verlag, Berlin 1931. 399 Seiten. Kart. 2,85 RM, Leinen 4,80 RM.

Der Verfasser sagt: „Das Schlechteste ist, als Tourist oder als Ehrengast Beobachtungen machen: entweder sieht man mit Spießbürgeraugen, oder man sieht gar nichts." Tretjakow ist weder das eine noch das andere. Er erkannte: Die Schriftsteller dürfen „nicht einfach ins Haus schneien und Spaziergänge durch die Kolchose unternehmen, so wie Sommerfrischler, sich im Dorf, in dem sie Quartier genommen haben, ergehen", sondern sie müssen die Sache, über die sie schreiben wollen, gründlich studieren, müssen „irgendeine zum Betrieb gehörige Arbeit übernehmen". Und so wurden seine Skizzen — und darin liegt ihre Eigenart und ihr Wert — „aus Reportagen eines Beobachters zu Arbeitsausweisen eines Teilnehmers". Wer sich über Wesen und Werden jener gewaltigen Bewegung unterrichten will, die in wenigen Jahren das Gesicht der russischen Erde so entscheidend verändert hat, wer Einblick gewinnen will in das innere Getriebe der Kolchoswirtschaft, ihre Probleme verstehen will, der wird die Mühe, — und Mühe bleibt es immerhin — sich durch das vierhundert seitenstarke „Skizzenbuch" durchgearbeitet zu haben, nicht bedauern. Wir erleben rückschauend mit die ersten schweren Kinderjahre der Kommunen, als sie von außen bedroht durch den Banditismus der Weißen, von innen unterwühlt durch den ungezügelten Bauernegoismus, heute zerfallen, um morgen in neuer Form und anderer Verbindung wieder zu erstehen. Wir lernen die ganze Tiefe und Tragweite der „Revolution im Eßraum" verstehen, als 1925 die Agitation für getrennte Teller endlich Erfolg hatte und die Kommunarden, anstatt sich um die besten Bissen aus der einen gemeinsamen Schüssel zu raufen, von eigenen Tellern essen. Wir bekommen eine Ahnung davon, welch jahrelanger harter Arbeit es bedarf, um die Eigentumsbestie aus dem Bauern auszutreiben, ihn zur Arbeitsdisziplin, zum Verantwortungsgefühl gegenüber dem Kollektiv zu erziehen, und wie wenig damit allein noch getan ist, da nunmehr an Stelle des bäuerlichen Familienegoismus der „kollektivwirtschaftliche Eigentümergeist" zu treten droht, der über den Kirchturminteressen „seines Kolchos" das große Ganze vergißt. Wir spüren, wie der Traktor nicht nur die Scholle, sondern Denken, Wollen, Sein der Menschen mit unwiderstehlicher Gewalt umpflügt, empfinden das aufpeitschende, nervenzerrüttende und doch erhebende, fortreißende Tempo der Arbeit, die Jagd nach der Höchstleistung, nach der Erfüllung des Planes, wieder und wieder empfindlich gehemmt und gestört durch bürokratischen Schlendrian, Unfähigkeit, Dünkel und Gleichgültigkeit. — Kurz, wir blicken tief hinein in den brodelnden, glühenden Kessel des aus jahrhundertealter Erstarrung erwachten russischen Dorfes, in jene widerspruchsschwangere, graue und farbenprächtige Sowjetalltäglichkeit, in der sich unter Qual und Mühe und Freude Neues gestaltet. — Ist das Buch tendenziös? Und ob! Die Tendenz ist sogar herzerfrischend dick aufgetragen. Unangenehm freilich wirkt sie nur in der Einleitung der deutschen Ausgabe. Es scheint, daß auch der begabteste russische Schriftsteller, wenn er zu „Ausländern" spricht, es nicht unterlassen kann, in jenen die Dinge bis zur Unkenntlichkeit und Schiefheit „vereinfachenden" Kinderfibelton parteikommunistischer Zeitungsschreiber zu verfallen.

Isa Straßer.

„Der Bücherkreis", Vierteljahrszeitschrift. 8. Jahrgang, 1932, Heft 2. Sonderheft „Kriminalität und Gesellschaft". 32 Seiten. Typographische Ausstattung von Jan Tschichold, München. Verlag: „Der Bücherkreis G. m. b. H.", Berlin SW 61. Preis 0,50 RM.

Boris Nikolajewsky: Asew, die Geschichte eines Verrats. Dokumente russischer revolutionärer Bewegung. Aus dem russischen Manuskript übersetzt von Nina Stein. 267 Seiten. Verlag: „Der Bücherkreis G. m. b. H.", Berlin SW 61. 1932. Preis 4,30 RM.

Asew, Mitglied und sogar Führer der terroristischen Kampforganisation Rußlands, stand 50 Jahre lang im Dienste der Polizei. Er organisierte Attentate, lieferte die Attentäter aus und erregte keinen Verdacht bei seinen Genossen. Aber auch die Polizei wurde von ihm betrogen: einen Teil seiner Arbeit verriet er nicht. Sein Leben und die damalige politische Konstellation in Rußland schildert Nikolajewsky. So interessant das Thema ist und so viel Material auch angehäuft ist — man vermißt eine tiefenpsychologische Aufklärung dieses merkwürdigen Lebens. Vielleicht nimmt sich ein gründlich schürfender Autor dies zur Aufgabe. Jeder illegalen Arbeit, die durch Provokateure bedroht ist, könnte man so eine psychologische Waffe geben, die zum Kampf gegen Verrat dienen würde. Mic.

Robert Neumann, Die Macht. Paul Szolnay Verlag, Berlin-Wien.

Ein Unterhaltungsroman für Anspruchsvolle, packend, gut geschrieben. Amüsant und sogar mehr. Er schildert des kaukasischen Fürsten Karachan mißgeleiteten Kampf gegen die Sowjetunion.

15 Jahre unschuldig im Zuchthause. Preis 10 Pf. Herausgegeben von der Internationalen Hilfs-Vereinigung. Berlin SW 68.

Die kleine Broschüre schildert die Methoden, durch die zwei völlig unschuldige Funktionäre der kalifornischen Arbeiterbewegung wegen Mordes zuerst zum Tode verurteilt und trotz ihrer inzwischen erwiesenen Unschuld bereits über 15 Jahre im Zuchthaus gefangen gehalten werden. Das Märtyrertum Mooneys u. Billings, ein Parallelfall zu dem Justizskandal Sacco-Vanzetti, hat bereits zu zahlreichen Protestkundgebungen geführt. Die europäische Oeffentlichkeit sollte stürmisch die sofortige Freilassung der aufrechten Kämpfer erzwingen.

Eingesandt:

Eingesandt (ohne Verantwortung der Redaktion).

Mit der goldenen Medaille wurde kürzlich G. Baissette, ein junger französischer Mediziner, von der Pariser Fakultät ausgezeichnet für seine lebensvoll gestaltete Biographie des großen griechischen Arztes Hippokrates. Die starke Beachtung, die diese Darstellung des Lebens und Wirkens eines der Großen im Reiche der Wissenschaft in Frankreich gefunden hat, ist wohl daraus zu erklären, daß die neue Orientierung in der Medizin auch dort immer weitere Kreise zieht. Das Werk von Baissette soll demnächst auch in deutscher Sprache (Stuttgart, Hippokrates-Verlag) herauskommen.

Einzelpreis 0,50 RM, Abonnement jährlich 4,50 RM, vom Verlag (Dr. M. Flake). Berlin-Wilmersdorf, Waghäuseler Straße 19 (Postscheckkonto: Berlin Nr. 74915). Mitglieder erhalten die Zeitschrift unentgeltlich. Für die Schriftleitung bestimmte Zuschriften sowie Rezensionsexemplare sind zu richten an Dr. Ewald Fabian, Berlin-Wilmersdorf, Hohenzollerndamm 191. Verantwortlich für die Redaktion: Dr. Ewald Fabian. Druck: A. Janiszewski GmbH., Berlin SO 36, Elisabethufer 29; Tel.: F 1 Moritzplatz 5471. Für Inserate: M. Wittenberg, Berlin-Wilmersdorf, Gieselerstraße 25; Tel.: H 1 Pfalzburg 706. Postscheck-Konten: Berlin 40054; Prag 501347.

Gemeinsame Tagung
des Vereins Sozialistischer Aerzte und der Aerzteschaft der Reichssektion Gesundheitswesen
am 2. und 3. Juli 1932 in Chemnitz

Tagungsprogramm:

I. Besichtigung des Neubaues, insbesondere der klinischen Einrichtungen der Allgemeinen Ortskrankenkasse Chemnitz, Müllerstr. 41, am 2. Juli 1932, nachmittags 4 Uhr. Die Teilnehmer an der Besichtigung werden gebeten, sich 15.50 daselbst einzufinden.

II. **Oeffentliche gesundheitspolitische Kundgebung** am 2. Juli 1932, abends 7.30 Uhr, in Chemnitz im „Capitol“, Leipziger Str. 46.

Tagesordnung:

1. Abbau oder Aufbau der Sozialpolitik vom Standpunkt des Arztes.
   Referent: Gen. Dr. med. Hugo Freund, Stadtverordneter, Dresden.
2. Abbau oder Aufbau der Sozialpolitik vom Standpunkt des Politikers.
   Referent: (wird noch bekannt gegeben.)
3. Gesundheitspolitik der Gewerkschaften.
   Referent: Gen. Paul Levy, Leiter der Reichssektion Gesundheitswesen.

III. **Gemeinsame Tagung des Vereins Sozialistischer Aerzte, Landesgruppe Sachsen und der Reichsfachgruppe Aerzte im Gesamtverband, Bezirksgruppe Sachsen** am 3. Juli 1932, vormittags 10 Uhr, im Volkshaus zu Chemnitz, Zwickauer Straße 152.

Tagesordnung:

1. Der Stand der Krankenversicherung.
   Referent: Direktor Liebau von der Allgemeinen Ortskrankenkasse Leizig.
2. Nationalsozialistischer oder sozialistischer Gesundheitsdienst.
   Referent: Ministerialrat Gen. Dr. Popitz, Leipzig.
3. Gewerkschaftsbewegung und Aerzteschaft.
   Referent: Gen. Paul Levy, Leiter der Reichssektion Gesundheitswesen.

IV. Außerhalb der Tagesordnung: Organisationsfragen.

Meldungen zur Teilnahme an der Besichtigung am 2. Juli sowie an der Tagung am 3. Juli bitten wir, bis spätestens 27. Juni der Ortsverwaltung Chemnitz, Zwickauer Str. 152 zuzuleiten. Diejenigen Genossen, welche in Chemnitz Quartier benötigen, wollen das dabei ebenfalls mitteilen.

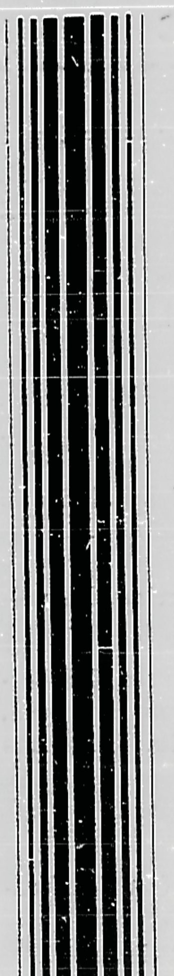
Gesamtverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs
Bezirksleitung Sachsen.
Aerzteschaft der Reichssektion Gesundheitswesen.
I A.: Naumburger.

Verein Sozialistischer Aerzte
I. A.:
Dr. Geis   Dr. Glaser



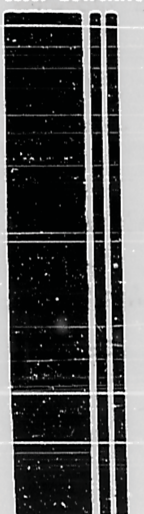
Der

Verein Sozialistischer Ärzte



bezweckt den Zusammenschluss aller sozialistischen Aerzte, unabhängig von ihrer Zugehörigkeit zu einer der sozialistischen Parteien. Er nimmt Stellung zu allen, das Heil- und Gesundheitswesen betreffenden Fragen vom sozialistischen Standpunkt aus. Er will Gesetzgebung und Verwaltung in Staat und Gemeinde in seinem Sinne beeinflussen. Ebenso will er die sozialistischen Parlamentsfraktionen und die Arbeiterorganisationen in allen sozialhygienischen Fragen beraten. — Der Verein erstrebt eine wirkliche Zusammenarbeit von Ärzten und Versicherungsträgern im Dienste der Volksgesundheit. Er will das Verständnis für sein Hauptziel, die Sozialisierung des Heilwesens, in der Ärzteschaft und in der Öffentlichkeit fördern und die Verbindung gleichgesinnter Organisationen im In- und Ausland enger gestalten. — Mitglieder können Ärzte und Ärztinnen werden, die sich zum Sozialismus bekennen. Studenten und Studentinnen der Medizin können als ausserordentliche Mitglieder aufgenommen werden. Der Beitrag ist auf 13 M. jährl. (inkl. Zeitschrift) festgesetzt, er kann auf Antrag herabgesetzt oder erlassen werden

Hier abtrennen und an Dr. Ewald Fabian, Berlin-Wilmersdorf, Hohenzollerndamm 191, einsenden!



*) Ich trete dem „V. S. Ä." als Mitglied bei
(Mitglieder erhalten die Zeitschrift „Der Sozialistische Arzt" gratis)

*) Ich bestelle hierdurch die Monatsschrift
„Der Sozialistische Arzt"
(Bezugspreis jährlich 4,50 Reichsmark inkl. Porti)

Name: ....

Ort: ....

Wohnung: ....

*) Nicht Zutreffendes ist zu streichen